

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Pettzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Streben.

Nicht viel Worte gibt es, bei denen die größten Gegensätze so nahe bei einander wohnen, wie bei diesem. Welch ein Unterschied zwischen Streben — und streben! Welchen Unterschied zwischen Verachtung aus, wenn er hört von „Streber“! Und andererseits, wie gerne wiederum hört man nicht von einem Menschen, der strebsam ist, der ehrlich strebt!

Von der ersten Menschenklasse, jenen „Strebern“, die über die Verachtung der Leute hinweggehen, wie man zur Herbstzeit leichten Fußes über das fallende Laub der Bäume hinwegschreitet, möchten wir hier nicht reden. Ein jeder kennt sie und geht im weiten Bogen um sie herum. Aber das bei der zweiten Menschenart erwähnte ehrliche Streben ist unsern Gewerkschaftlern durchaus zu empfehlen. Wenn wir nach besseren Lebens- und Arbeitsverhältnissen trachten, so erklären uns viele Leute für unzufrieden mit unserer Lage. Muß man denn unbedingt ausgesprochen unzufrieden mit den bestehenden Verhältnissen sein, wenn man sie aufzubessern trachtet?

Hier liegt doch ein ziemlicher, und zwar deutlich erkennbarer Unterschied vor. Genau so, wie bei jedem nicht dummpf dahindrötenden Menschen ein gewisses Maß von gesundem Ehrgeiz durchaus berechtigt ist, genau so ist auch eine Portion ehrlichen Strebens heute unbedingt vonnöten. Wer sich unbesehen allen Verhältnissen auf Gnade und Ungnade ergibt, ist kein Mensch, vor dem man Achtung haben kann. Freilich wird heute ein ehrliches Streben durch die Verhältnisse insofern äußerst schwierig gemacht, als der Einzelne sich zumeist schnell an diesen Verhältnissen aufreibt. Aber, wozu ist denn so oft und eindringlich der Ruf an ihn ergangen, seine Vereinsamung aufzugeben und sich mit Gleichgesinnten zu verbinden? Weshalb ward uns denn die Organisation gegeben? Ihr ist doch noch Aussicht gegeben, der Verhältnisse Herr zu werden. Ihr gestehen gleichsam auch heute noch die sonst unbehaglichen Verhältnisse zu:

Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen!

Vorstandswahlen.

Im ersten Monat des neuen Jahres soll nach § 22 unseres Statuts in allen örtlichen Verwaltungsstellen die Neuwahl des Vorstandes getätigt werden. Diese Wahlen stehen mithin jetzt vor der Tür. Hierorts wird diesem alljährlichen Vorgang nicht diejenige Bedeutung beigegeben, die er bei der großen Wichtigkeit einer guten örtlichen Leitung der einzelnen Zahlstellen für die Entwicklung der Gesamtorganisation tatsächlich verdient. Es dürfte deshalb jetzt angebracht sein, für die bevorstehenden Neuwahlen einige Fingerzeige zu geben.

Als Organisationsform haben die christlichen Gewerkschaften, wie überhaupt die größeren Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands, zentralisierte Industrieverbände gewählt. Daran darf aber nicht hergeleitet werden, daß etwa nur der Zentralvorstand für Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben zu sorgen hätte; im Gegenteil, die Hauptarbeit verbleibt immer den Zahlstellen. Durch den Hauptvorstand oder auswärtige Kräfte lassen sich einer Zahlstelle nie die Sorgfalt zuwenden, die zur Erhaltung der bereits gewonnenen und zur Gewinnung weiterer Mitglieder notwendig ist. Vielmehr müssen die Kollegen an Ort und Stelle bemüht sein, die gewerkschaftlichen Pflichten auszuführen, die zur Instandhaltung einer Zahlstelle nötig sind. Zukünftig neuer Zahlstellen werden jährlich gegründet und lösen sich mangels des Verständnisses für unsere Bestrebungen wieder auf.

Aber nicht nur auf agitatorischem Gebiet ist eine gut funktionierende örtliche Leitung für den Verband von der größten Bedeutung, sondern auch für die innere Verwaltungsarbeit, vornehmlich im Unterstützungswezen. Jeder Ortsverwaltung muß der Grundsatz in Fleisch und Blut sitzen, daß sie das mühsam zusammengetragene Vermögen der Gesamtkollegenchaft nach bestem Können und Bewußtsein zu verwalten und jeglichen Mißbrauch wie die kleinste Unregelmäßigkeit zu vermeiden haben. Die Zentralleitung des Verbandes könnte noch so gewissenhaft und parsam wirtschaften, es könnte wenig helfen, wenn sie

in diesem Bestreben nicht von den örtlichen Vorständen unterstützt würde.

Von den Leitern der Zahlstellen hängt in den meisten Fällen die innere und äußere Verfassung derselben ab. Daher müssen die fähigsten Kollegen mit diesen Ämtern betraut werden. Nun kommt es aber nicht selten vor, daß die bezüglichen Wahlen vollständig unvorbereitet getätigt werden. Ein solches System ist, so demokratisch es auszuweisen mag, zu verwerfen. Wahlen müssen im allgemeinen vorbereitet werden; für die verantwortungsvollsten Posten haben der Ortsvorstand in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten der Generalversammlung Vorschläge zu machen.

Nicht immer sind diejenigen, die durch Schmeichelei sich plöblich die Gunst der Mitglieder zu erwerben verstehen, für diese Posten geeignet. Es gibt leider viele Leute, die viel reden und nichts tun. Wohl soll ein Ortsvorstandsmitglied, insbesondere der Vorsitzende über etwas rednerisches Talent verfügen, das Schwabronieren genügt indes nicht zur Leitung einer Zahlstelle; die praktische Arbeit ist die Hauptsache. Und dazu gehören gewisse Fähigkeiten, ein gesundes Denkvermögen und eine Portion Liebe zur Sache. Wo letztere anzutreffen ist, sind kleinliche Streitigkeiten ein unbekannter Begriff, wo aber die Liebe zur Sache fehlt, verhindern persönlicher Haberd und kleinliche Vorurteile ein erfruchtliches Wirken.

Aus diesen Gründen ist die bei Wahlen vielfach anzutreffende Verschwendung befähigter Kollegen durchaus unangebracht. Wo erfolgreich für eine Sache gekämpft werden soll, ist es Vorbedingung, daß der richtige Mann am rechten Posten steht. Deshalb müssen befähigte Kollegen miteinander selbst zugreifen, wenn die Sache es erfordert.

Gut ist es, wenn Kollegen als Vorsitzende gewählt werden, die im Beruf tüchtig und möglichst längere Zeit am Orte ansässig sind; diese verfügen in der Regel bei kritischen Situationen sowohl gegenüber den Arbeitgebern wie Arbeitern über einen größeren Einfluß. Und diese Eigenschaft ist sehr vorteilhaft zur Vorbeugung und evtl. Beilegung von Differenzen.

Von großem Nachteil ist einer Zahlstelle ein zu häufiger Wechsel im Ortsvorstand. Zur erfolgreichen Ausfüllung eines verantwortungsvollen Postens gehören Erfahrungen. Ein Lot Erfahrung ist beinahe mehr wert, als ein Zentner Theorie. Vorher jagten wir schon, daß in einer Zahlstelle mit Berechnung gearbeitet werden müsse. Wie soll aber ein Ortsgruppenvorstand in der Durchführung der Aufgaben der Zahlstellen sich eine Routine, „eine gewisse Fertigkeit“ aneignen können, wenn nahezu bei jeder Wahl andere Kollegen mit diesen Ämtern betraut werden? Der häufige Wechsel wird meistens dadurch verschuldet, daß Anforderungen in materieller und sonstiger Hinsicht an solche Kollegen gestellt werden, die deren Leistungsfähigkeit übersteigen.

Es ist deshalb dahin zu trachten, dem einzelnen Kollegen nicht mehr Arbeit aufzuladen, wie einer unter normalen Verhältnissen auch leisten kann. Die Sache selbst muß ja den schwersten Schaden leiden, wenn einigen arbeitsfreudigen Kollegen schließlich soviel aufgebürdet wird, daß sie es bei aller Anstrengung und Begeisterung doch nicht alle bewältigen können. Leider sind diese Fälle in unserer Bewegung gar nicht so selten. Die Arbeit muß auf möglichst viele Schultern verteilt und dann eine richtige, den Fähigkeiten des einzelnen entsprechende Arbeitsleistung vorgenommen werden.

Der Vorsitzende hat für Vorbereitung, richtige Bekanntmachung und anregenden Verlauf der Versammlungen zu sorgen, Referenten zu bestellen und Maßnahmen auszusinnen, durch welche die Zahlstelle vorwärts gebracht und hochgehalten werden kann. Derselbe muß in Gemeinschaft mit seinen übrigen Vorstandskollegen seinen Ehrgeiz darin setzen, daß von Quartal zu Quartal neue Mitglieder in die Zahlstelle zu bringen suchen. Was einzelnen selbst mit dem besten Willen und angestrengter Arbeit nicht möglich ist, ist vielen eine Leichtigkeit.

Der Schriftführer hat den Vorsitzenden bei schriftlichen Arbeiten größeren Umfangs zu unterstützen, mit dessen Einverständnis Berichte für das Verbandsorgan und die Lokalpresse anzufertigen und das Protokoll über die Versammlungen zu führen. Stets unterscheidet man Protokoll und Berichte für die Presse. Das Protokoll dient in der Hauptsache als Nachschlagebuch, um evtl. gefasste Beschlüsse und sonstige wichtigere Vorgänge in jeder Versammlung und für einen größeren Zeitraum fest- oder zusammenstellen zu können. Aus demselben muß u.a. zu entnehmen sein: 1) Wer die Verhandlungen leitete; 2) Wann dieselben eröffnet wurden; 3) Wie viele Teilnehmer zugegen waren; 4) Welche Tagesordnung aufgestellt wor-

5) Wer als Referent fungierte; 6) Welche Beschlüsse gefasst wurden; 7) Wann die Versammlung geschlossen wurde. Der sachliche Inhalt eines Vortrages braucht im Protokoll nicht des Langen und Breiten wiedergegeben zu werden.

Der Kassierer hat insbesondere, im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern, dafür zu sorgen, daß die Beiträge pünktlich eingehen. Durch langes Restieren und die dadurch bedingte Anhäufung größerer Beträge gehen den Gewerkschaften jährlich tausende Mitglieder verloren. Dieser bedauerlichen Erscheinung entgegenzuwirken, ist neben einer exakten Buchführung die Hauptaufgabe des Kassierers. Die Gelber einer Zahlstelle dürfen nie mit denen des Kassierers zusammengeworfen, sondern sie müssen stets getrennt gehalten werden. Jeder Zahlstellenkassierer schaffe sich ein kleines Säckchen an (in größeren Zahlstellen sind daneben noch besondere Kassetten zu empfehlen) und nehme zu jeder Versammlung und Sitzung einige Mark Wechselgeld mit. Die Privatkasse des Kassierers darf für den Verband nicht existieren, ebenso umgekehrt. Legt aber der Kassierer dennoch in Ausnahmefällen von seiner privaten Kasse Gelber für den Verband aus, so lege man einen Zettel in das Portemonnaie und zwar so lange, bis diese Ausgaben gebucht und der Verbandskasse wieder entnommen sind.

Die übrigen Vorstandsmitglieder (Stellvertreter der einzelnen Hauptfunktionäre und Beisitzer) haben die Pflicht, überall einzugreifen und mitzuarbeiten, wo es nötig ist, um unsere Sache vorwärts zu bringen. Sie werden in der Regel auch noch das Amt eines Vertrauensmannes versehen, um dadurch praktisch zu zeigen, daß es ihnen mit ihrer Arbeit ernst ist. Denn nicht mit schönen Titeln und Ehrenämtern ist unserer Sache gedient, sondern nur mit beharrlicher, zielbewusster praktischer Kleinarbeit.

Ein wichtiges Amt, das bisher aber vielfach sehr unterschätzt wurde, versehen die Kassierrevisoren. Sie sind die von dem Vertrauen der Kollegen Deustragten, die für eine ordnungsgemäße Kassienführung ebenso verantwortlich sind, wie Kassierer und Vorsitzender. Wenn sie ihr übertragenes Amt nicht ausführen können oder wollen, so sind es eben keine Revisoren. Sie sollen nicht nur auf Bestellung am Schluß des Quartals, sondern auch hier und da einmal zwischen durch eine Prüfung der Kasse vornehmen. Ein Kassierer, der stets alles in Ordnung hat, wird darin auch keine Befähigung oder gar Misträuen erblicken, sondern er wird im Gegenteil ganz damit einverstanden und stolz darauf sein, daß seine Arbeit jederzeit die Prüfung bestehen kann. Die Revision darf sich dann aber nicht nur auf die Durchsicht der Bücher und Abrechnungsformulare beschränken, wie es vielfach zu geschehen pflegt, sondern es müssen auch Marken, Belege und vor allen Dingen das vorhandene Geld vorgelegt und kontrolliert werden. Für pünktliche und ordnungsliebende Kassierer wird das ein Vergnügen, für nachlässige Pfliegmatiker aber ein wirkungsvolles Erziehungsmittel sein, um sie an die notwendige Ordnung zu gewöhnen. Zudem kann dadurch auch etwaigen Unregelmäßigkeiten, wie sie auch in der Gewerkschaftsbewegung hier und da vorkommen, vorgebeugt werden.

Aus alledem ist zu ersehen, daß die Tätigkeit der Ortsvorstände für unser Organisationsleben von der größten Bedeutung ist. Mögen sich alle Kollegen bei den bevorstehenden Neuwahlen dessen bewußt sein. Mit der Auswahl der Persönlichkeiten für die örtliche Leitung ist in der Regel das Schicksal der Ortsgruppe für das betreffende Jahr entschieden. Deshalb überall die richtigen Kollegen an den richtigen Platz. Alle fähigen Kollegen sind aber auch verpflichtet, ihre Arbeitskraft gern und freudig in den Dienst der Gesamtheit zu stellen.

Arbeiterschutz in der Großindustrie.

Während in den meisten Gewerbebezügen die allgemeinen gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen durch Bundesratsverordnungen ergänzt und somit Leben und Gesundheit der Arbeiter besser geschützt sind, hat die Gesetzgebung bis heute die Arbeiter der Großindustrie vollständig im Stich gelassen. Die Großbetriebe der Eisen- und Stahlindustrie wurden als „Kräutchen-Rührmischicht“ behandelt. Und doch hat wohl keine andere Arbeitergruppe eine solch aufreibende und größtenteils auch gesundheitschädliche Arbeit zu verrichten wie die Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter. Zum Teil sind die Arbeiter der Großindustrie an dieser Vernachlässigung durch die Gesetzgebung auch selbst schuld

gewesen, weil sie in unglaublicher Gleichgültigkeit der Organisation fernblieben und ihre ureigenen Interessen in der stärksten Weise vernachlässigt haben.

Als der christliche Metallarbeiterverband ins Leben trat und zu erstarken anfing, da hat er es sofort als eine seiner dringendsten Aufgaben betrachtet, diesen so schwer gedrückten Arbeitern eine Erleichterung ihres harten Loses zu verschaffen. Er war die erste Arbeiterorganisation, die ihre Stimme öffentlich zu Gunsten der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter erhob und das Einschreiten der Gesetzgebung verlangte. Die Beschlüsse der Generalversammlung in Offenbach 1904, der Hütten- und Walzwerksarbeiter-Konferenz in Duisburg 1907 und des zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin sind die Marksteine im Kampfe des christlichen Metallarbeiterverbandes für einen erhöhten Schutz der Arbeiter in der schweren Industrie. Im Anschluß an den Berliner Kongress hat der Verbandsvorsitzende Wiederum auch noch die Gelegenheit bei der Deputation zum Reichskanzler wahrgenommen, um die berechtigten Forderungen der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter dem ersten Beamten des Reiches persönlich zu unterbreiten.

Diese fortwährende nachhaltige Tätigkeit, die auch von anderer Seite, vornehmlich durch den Berliner Arbeiterkongress mit seiner Million vertretener Arbeiter unterstützt wurde, ist nicht ohne Erfolg gewesen. Endlich ging die Regierung daran, auch für diese bisher ängstlich umgangenen Betriebe der Groesseisenindustrie weitere gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in die Wege zu leiten. Im März vergangenen Jahres fanden in Berlin auf Einladung des preussischen Handelsministers Verhandlungen statt, zu denen Unternehmer und Arbeiter hinzugezogen waren. Als Unterlage zu dieser Besprechung diente ein provisorischer Entwurf zu einer Bundesratsverordnung für die Arbeitsverhältnisse der Groesseisenindustrie. Der Entwurf (siehe Nr. 10, Jahrgang 1908, Der Deutsche Metallarbeiter) blieb weit hinter dem zurück, was der christliche Metallarbeiterverband als Mindestforderungen für den Schutz der Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter aufgestellt hatte. Ferner war es ein großer Mangel, aber bei dem Einvernehmen vorerwähnter Konferenz nicht besonders verwunderlich, daß zu der Besprechung in Berlin keine Vertreter der berufenen Arbeiterorganisationen eingeladen wurden. Immerhin aber war es schon ein prinzipieller Erfolg, daß die Untätigkeit der Regierung in dieser Frage einmal überwunden war und die Gesetzgebung Ernst machte, auch endlich in das bisher als unmaßbares Heiligum betrachtete Gebiet der Eigen- und Stahlhütten einzugreifen.

Ueber den Verlauf und das Resultat der Konferenz in Berlin ist äußerst wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Noch weniger über die weiteren Schritte der Regierung und des Bundesrates. Dennoch ist die Angelegenheit aber nicht eingeschlafen gewesen. Unterm 19. Dezember vergangenen Jahres hat der Bundesrat auf Grund der §§ 120c, 130b der Gewerbeordnung folgende Bestimmungen über den Betrieb der Anlagen der Groesseisenindustrie erlassen:

Am Hochofen. *)

Die Erzschmelzung, ebenso wie die beim Schmelzen verwendeten Koksmaffen und Kalksteine werden durch kleine Wagen einer Schmalspurbahn den einzelnen Hochofen des betreffenden Werkes zugeführt. Vermittelt großer Aufzüge oder einer schiefen Ebene gelangen sie empor und zu der Defining, durch welche der Inhalt in die Tiefe des Ofens hinabfällt. In dessen Innern durchläuft nun das Erz und später das aus diesem entstandene Eisen eine ganze Reihe von chemischen Prozessen. Deren Aufeinanderfolge ist von den verschiedenen Stufen abhängig, die in den einzelnen Höhenlagen des Ofens herrschen, ferner von der Einwirkung der entstehenden Verbrennungsgase und der später unten zutretenden atmosphärischen Luft, endlich von dem Einfluß der Kalkbeimengung zum Flüssigmachen der Schlacke und anderer Faktoren. Eine Schmelzmaschine treibt einen Luftstrom durch vorher mit entweichenden Gasen des Ofens bis zur Weißgluthige erwärmte Comper oder Winderhizer. Von diesen Regeneratoren gelangt dann die erhitzte Luft durch die Düsen in den unteren Teil des Ofens. Das sich bildende flüssige Hoheisen sammelt sich gleichfalls dort an. Auf ihm aber schwimmt die mächtigste Schicht der flüssig gewordenen Schlacke. Am Richtenraum einiger Stunden werden beide — erst die Schlacke, einige Zeit später das Eisen — unten abgelassen. Die dem Ofen oben entströmenden brennbaren Gase aber gehen nicht verloren, sondern werden gesammelt, gereinigt und den Explosionsmaschinen der Gasmotoren zugeführt, wo sie die Kraft zum Treiben der Maschinen und zur Erzeugung von Elektrizität liefern.

*) Aus dem interessantesten Werk von R. Kollbach, „Der Eisenerz- und Stahlindustrie in Deutschland“, Verlag J. P. Neumann, Neudamm, Preis 3,20 M. Sollte in keiner Bibliothek fehlen.

Die nachstehenden Bestimmungen finden Anwendung auf die folgenden Werke der Groesseisenindustrie: Hochofenwerke, Hochofen- und Kesselschmelzen, Stahlwerke, Puddelwerke, Hammerwerke, Presswerke und Walzwerke. Sie finden Anwendung auf alle Betriebsabteilungen dieser Werke einschließlich derjenigen Reparaturwerkstätten und Nebenbetriebe, die mit ihnen in einem unmittelbaren betriebstechnischen Zusammenhange stehen.

Alle Arbeiter, die über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134 Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) hinaus beschäftigt werden, sind mit Namen in ein Verzeichnis einzutragen, das für jeden einzelnen über die Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit und der Nebenstunden, die er an den einzelnen Tagen geleistet hat, genaue Auskunft gibt. Das Verzeichnis ist nach dem Schlusse jeden Monats der Ortspolizeibehörde einzufenden. Der höheren Verwaltungsbehörde bleibt es vorbehalten, nähere Bestimmungen über seine Form zu erlassen. Die höhere Verwaltungsbehörde kann auf Antrag diejenigen Unternehmer von der Führung dieses Verzeichnisses befreien, welche die Lohnlisten nach einem vorgeschriebenen Muster führen lassen, ihre Einsicht dem im § 130b der Gewerbeordnung bezeichneten Beamten jederzeit gestatten und ihm die von der höheren Verwaltungsbehörde bezeichneten Auszüge aus den Lohnlisten einreichen.

In allen Schichten, die länger als acht Stunden dauern, müssen jedem Arbeiter Pausen in einer Gesamtdauer von mindestens zwei Stunden gewährt werden. Unterbrechungen der Arbeit von weniger als eine Viertelstunde kommen auf die Pausen nicht in Anrechnung. Ist jedoch in einzelnen Betriebsabteilungen die Arbeit naturgemäß mit zahlreichen, häufigen Ruhe gewährenden Unterbrechungen verbunden, so kann die höhere Verwaltungsbehörde für eine solche Betriebsabteilung auf Antrag, unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, gestatten, daß diese Arbeitsunterbrechungen auch dann auf die zweifelhafte Gesamtdauer der Pausen in Anrechnung zu bringen sind, wenn die einzelnen Unterbrechungen von kürzerer als einviertelstündiger Dauer sind. Eine der Pausen (Mittags- oder Mittnachtspause) muß mindestens eine Stunde betragen und zwischen das Ende der fünften und den Anfang der neunten Arbeitsstunde fallen. In Fällen, wo dies die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter geboten erscheinen lassen, kann die höhere Verwaltungsbehörde auf besonderen Antrag, unter Vorbehalt des Widerrufs, gestatten, daß diese Pausen — unbeschadet der Gesamtdauer der Pausen von zwei Stunden — auf eine halbe Stunde beschränkt wird. Wenn Rücksichten auf die Arbeiter dies geboten erscheinen lassen und die Schicht nicht länger als elf Stunden dauert, kann die höhere Verwaltungsbehörde in gleicher Weise gestatten, daß die Pausen auf eine Stunde beschränkt werden. Soweit dies zur Vermeidung von Betriebsgefahren nötig und die Einstellung von Ersatzarbeitern mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, können die Arbeiter angehalten werden, während der Pause in der Nähe der Arbeitsstelle zu bleiben, um in dringenden Fällen zur Hilfeleistung bereit zu sein.

Vor dem Beginn der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit (§ 134 Abs. 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung) muß für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden liegen. Diese Bestimmung findet auf die Regelung der Wechselfächten keine Anwendung.

Die Bestimmungen der §§ 3, 4 finden keine Anwendung auf Arbeiten, die in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen. Sind solche Arbeiten in Abweichung von den Bestimmungen der §§ 3, 4 ausgeführt worden, so ist dies der Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen schriftlich anzuzeigen.

Nur ein eingehendes Studium kann uns mit diesen verschiedenen Vorgängen und maschinellen Einrichtungen im Einzelnen vertraut machen, aber wer die Grundzüge derselben kennt, betrachtet nun mit erhöhtem Interesse die großen Erscheinungen, die der Kundgang im Gebiete dieser Kolosse ihm bietet. Räumlich sind letztere bei weitem die größten Anlagen eines Hüttenwerkes. Der Innenraum eines solchen Hochofens allein umfaßt bis zu 500 und mehr Kubikmeter. Turmhoch ragt der ungeheure kuppelförmige Zylinder empor; in einer Höhe von etwa 40 Metern befindet sich seine oberste Klappe. Um den Ofen herum gruppieren sich die mächtigen Winderhizer, die ihrerseits wieder zu Höhen von 20 bis 30 Meter ansteigen. Meist stehen mehrere der ungeheuren Ofen in einer Reihe nebeneinander. Leistungsfähige Dampf- und Gaskraft-Gebälzmaschinen liegen in ihrer Nähe zur Bedienung bereit, und lange Reihen von Koksöfen abseits der Hauptanlagen liefern die Massen des zu verwendenden Heizmaterials. Bis zu einer Million von Tonnen an Gewicht verschlingen im Laufe eines Jahres derartige Hochofenanlagen der größeren Hüttenwerke. Etwa alle sechs Stunden wird den einzelnen Ofen flüssiges Eisen in Mengen von 50 bis 60 Tonnen abgezapft. Jahraus jahrein sind sie in Brand; denn ein vorzeitiges Erlöschen eines Hochofens bringt dem betreffenden Werke einen Verlust und Ausfall von 30 bis 35 000 M., und zwar einestheils durch die Kosten der Instandsetzung und Neuaufmauerung des Ofens, andererseits durch das Neuarblafen mit seinem Aufwand an Holz und anderem Brennmaterial, wie durch den Zeitverlust und die erhöhte Inanspruchnahme der anderen Ofen.

Je nachdem eine solche, aus mehreren Einzelnen bestehende Gasanlage gruppiert ist, macht sie auf den näherkommenden Besucher fast den Eindruck einer verschobenen und verzerrten maurischen Moschee; denn überall ragen Kuppeln und türmen sich gewaltige Gemäße. Die Dampferhizer ringsherum gleichen Kaminen und Feuerstätten, und die schlan-

anzugehen. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb eines Werkes unterbrochen haben, können Ausnahmen von den Bestimmungen der §§ 3, 4 auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch den Reichskanzler zugelassen werden.

In den im § 1 bezeichneten Werken muß an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel ausgehängt werden, die in deutlicher Schrift die vorstehenden Bestimmungen wiedergibt.

Die vorstehenden Bestimmungen treten am 1. April 1909 in Kraft.

Diese Bundesratsverordnung ist mit ungenügendem Fleiß, wie man selbst den allerbesten Forderungen der Arbeiter nicht genügen. Was wir in Nr. 10, Jahrgang 1908, unseres Organes von dem damaligen provisorischen Entwurf gesagt haben, das gilt auch voll und ganz für diese rechtskräftige Verordnung. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß der Bundesrat, wo er die Sache einmal in Angriff genommen, den Arbeitern nicht weiter entgegen kommt. Diese kantchulartigen Bestimmungen, wo bei allem und jedem den Unternehmern noch eine Hintertüre gelassen, Ausnahmen als zulässig eingeräumt werden, können an den bisherigen trostlosen Verhältnissen nur wenig ändern.

Die brennendste Forderung, der Achtstunden tag für die Feuerarbeiter und die Abschaffung der Körper und Geist ruinierenden ständigen Wechselfächten bleibt gemäß dieser Verordnung ganz unberücksichtigt. Und das ist und bleibt vor wie nach der Kernpunkt der ganzen Arbeiterfrage für die Hütten- und Stahlwerksarbeiter. Ebenso vermag diese Bundesratsverordnung vollständig auf hygienischem Gebiet, wo nachgewiesenermaßen gerade in diesen Betrieben die schlimmsten Missetände vorliegen. An der überlangen Arbeitszeit wie an dem Ueberstunden- und Nebenstunden-Mißbrauch wird nicht viel gebessert, denn von den jeweils vorgeesehenen Ausnahmen werden die Unternehmer selbstverständlich den ausgiebigsten Gebrauch machen.

Schon diese allgemeine summarische Kritik — auf die einzelnen Bestimmungen dürfte noch zurückzukommen sein — zeigt, daß die Bundesratsverordnung weit hinter dem zurückbleibt, was die Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter im Interesse von Leben und Gesundheit mit Recht fordern können und verlangen müssen. Der mächtigste, fast einseitige Einfluß des Großunternehmertums wird durch diese Verordnung drastisch dokumentiert, insbesondere, wenn man die viel weiter gehenden Schutzbestimmungen in andern Gewerben damit vergleicht. Für die Arbeiter der Groesseisenindustrie ergibt sich daraus die einzig mögliche Schlußfolgerung, ihren Einfluß im wirtschaftlichen wie öffentlichen Leben zu stärken, um das jetzt nicht Erreichte möglichst bald zu erringen. Was jetzt vorliegt, kann nur als der Anfang eines wirklich befriedigenden Arbeiterschutzes für die Hüttenarbeiter betrachtet werden. Das meiste, die größte Hauptarbeit, bleibt noch zu leisten übrig. Soll diese Aufgabe im Sinne der Arbeiter gelöst werden, dann heißt es die Schlußmühe ablegen, in die Organisation hinein und dort zielbewußt und nachhaltig mitarbeiten, damit die Stimme der Arbeiter schwerer in die Waagschale fällt. Der

Schornsteine über den Dächern der Kesselhäuser und Maschinenräume ragen wie hohe Minaretts über alles andere hinaus. Wenn wir näher kommen, verstärkt sich das Geräusch, das uns schon von weitem entgegen schallt. Da rollen und poltern die ankommenden und abfahrenden Wagen, aus zahlreichen Essen sauchen heiße Dämpfe, und von Zeit zu Zeit — so oft droben beim Einfüllen einer neuen Wagenladung das oberste Ventil des Ofens geöffnet wird — erschüttert das juchende und brohende Brausen der entweichenden Gase die Luft.

Auf schmaler eiserner Wendeltreppe steigt man an der gepanzerten Außenwand der Kolosse zu der schwindelnden Höhe empor, wo die obere Bühne liegt; dort beachtet man nun mit Muße das Einfließen der Erze, des Kokes und des Kalkes in den glühenden Feuer-schlund. Und wenn man von dieser Plattform zwischen den Schornsteinen und Zylindern, die finster emporstarren, hinunterblickt, gewahrt man in der Tiefe alle die anderen Anlagen des großen Werkes in weiter Verbreitung. Da verraten der dumpfe Schlag der stampfenden Hämmer, das Knattern der Walzen und Pressen, das Rischen und Fauchen der feuerpehenden Konverter, die sprühenden Feuerfarben der Ofen und Schmelzen, samt all dem Pfisen und Rollen der Eisenbahnen und den vielfältigen anderen Lauten der dort unten arbeitenden Menschen das gewaltige und unbösig ruhende Getriebe, das der weiteren Verarbeitung des Eisens und seiner Bereitung zu Stahl dient.

Aber die größte Überraschung steht uns noch bevor: das Ablassen des flüssigen Metalls unten am Fuße des Hochofens. So frigen wir denn von der luftigen Höhe herab und nähern uns der sorgsam vorbereiteten Arbeitsstätte. Arbeiter eilen hier geschäftig hin und her; denn der erwartete Augenblick naht. Bei dem Ofen, vor dem wir eben stehen, ist die Schlackenmasse schon abgezapft worden, und es handelt sich nun um den Ausfluß des Eisens. Noch einmal werden die Rinnen nachgesehen, welche in der Sand-

Christliche Metallarbeiterverband ist unermüdblich für die Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter tätig gewesen, wird es auch weiter sein; wenn bisher aber nicht mehr erreicht wurde, so liegt die Schuld in erster Linie an der großen Masse der unorganisierten Hüttenarbeiter, die eben durch ihren Indifferentismus dem straff organisierten Großunternehmertum das starke Übergewicht gegeben haben. Dieses Übergewicht der Unorganisierten ist nur durch die Stärkung der Arbeiterorganisation zu mindern und zu brechen. Die vorliegende, für den Arbeiterschutz in der Grobeisenindustrie ganz unzulängliche Bundesratsverordnung muß die Arbeitererschaft aufrütteln und ihnen den Weg in die Organisation zeigen. Strein in den christlichen Metallarbeiterverband, um dort Schulter an Schulter das zu erringen, was den Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeitern bis heute versagt und vorenthalten wurde.

Die „Soziale Praxis“ Nr. 14 vom 31. Dez. 1908 beurteilt die Bundesratsverordnung folgendermaßen:

„Der langen Rede kurzer Sinn ist: Der Hüttenarbeiter soll, wo nicht in Wechselstunden gearbeitet wird — was freilich häufig der Fall ist — ganze 8 Stunden Ruhe beanspruchen dürfen. Alle übrige Zeit muß er zur Arbeit bereit sein. Zwar sollen die über die regelmäßige Tagesarbeit hinausgehenden Schichten eingetragen und der Behörde zur Kenntnisnahme unterbreitet werden, aber von irgend welcher Einwirkung oder Bestrafung des Ueberschichtennisbrauchs ist nicht die Rede. Bei längerer Schichten ist eine zweistündige zusammenhängende Pause in der Theorie vorgelesen. Die Natur des Betriebes und vor allem die „Rückfluten auf die Arbeiter“ d. h. also die Praxis, können aber nach dem Haupttenor der Bekanntmachung Ausnahmsbeschränkungen auf 1 Stunde oder auf mehrere Bruchteile von Pausen angebracht erscheinen lassen. Obendrein soll der Arbeiter sich während der Pausen hilfsbereit in der Nähe der Arbeitsstelle zur Verfügung halten. „In Notfällen“ aber braucht sich die Betriebsleitung überhaupt nicht an alle diese Bestimmungen zu halten. Eine nachträgliche schriftliche Mitteilung an die Ortspolizeibehörde ist allerdings in der Bekanntmachung vorgegeben, doch ist die Zurechnung dieser Bestimmung der Discretion der Hüttenwerke oder aber der Wachsamkeit der Arbeiter überlassen. Alles in allem hinterlassen die Vorschriften dieser Verordnung den Eindruck, daß der Bundesrat in die harte, unfaulreiche Arbeit der Grobeisenindustrie mit allzu zarter Hand hineinknast. So zaghaft dieser erste Eingriff ist, so hat er doch keine grundsätzliche Bedeutung: auch dieser Hochburg Tore müssen sich der Notwendigkeit des Schutzes für erwachsene männliche Arbeit öffnen. Und dem Eingang der ersten schichternen Maßnahmen, die durch den schmalen Spalt schlüpfen, werden weitere, energischeren Vorschriften nachfolgen. Die Registrierung überlanger Arbeitszeiten wird dazu beitragen: entweder führt sie von selbst zur Abschaffung der schwersten Schichten oder sie nötigt die Behörden zu schärferem Zusassen. Wir hoffen dringend, daß die in § 2 angeführten Verzeichnisse — ohne Namensnennung — veröffentlicht werden.“

Das Ziel bleibt die Einführung eines sanitären Normalarbeitstages, abgestuft nach der Schwere und Gefährlichkeit der Arbeit, für die Arbeiter in der Grobeisenindustrie; völliges Verbot der Nacharbeit für Jugendliche; Arbeitstarifverträge; Reform der Wohlfahrtsanstalten. Je weniger die Arbeiter dieser Industrie bisher durch Organisation und Selbsthilfe eine Besserung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse erreichen konnten, desto notwendiger muß der gesetzliche Arbeiterschutz für sie eintreten. Und darin liegt der Wert der ersten, sehr geringfügigen Abschlagszahlung, die die Verordnung des Bundesrats leistet. Die Errichtung von Arbeitskammern für die Grobeisenindustrie wird weiteren Fortschritten den Weg ebnen.“

Noch mehr wie event. Arbeitskammern wird der Anschluß der Hüttenarbeiter an die Arbeiterorganisationen weiteren Fortschritten den Weg ebnen. In dieser Vernachlässigung der Arbeiter liegt auch die Grundursache, daß die Arbeiter bisher so wenig erreichen konnten. Mehr wie eine andere Berufsgruppe haben die Hütten-, Stahl- und Walzwerksarbeiter ihr Schicksal selbst in der Hand.

Der Kampf um den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen.

Der Reichstag hat, bevor er in die Weihnachtsferien ging, die Novelle zur Gewerbeordnung noch in der zweiten und dritten Lesung erledigt und damit ein erfreuliches Stück sozialer Arbeit geleistet. Die Änderungen an den Kommissionsbeschlüssen sind nur geringfügige. Wir werden später darauf zurückkommen. Wie jetzt, wenn der Reichstag auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes oder der Arbeiterversicherung einen erheblichen fortschrittlichen Beschluß faßt, die Industrie, oder sogar wir selber der schürmachrische Teil der Industrie alles anbietet, um die ihnen unangenehmen Beschlüsse zu hinterweiben, so hat auch diesmal im letzten Moment noch ein scharfer Kampf stattgefunden. Es waren zwei Punkte, welche in der Kommission schon hart umstritten waren. Erstens der Zehnstundentag selbst. Die Industrie hätte lieber einen 60stündigen Wochenarbeitsstag gesehen. Die Kommission und auch der Reichstag hat sich nicht darauf eingelassen, denn ein 60stündiger Wochenarbeitsstag mit der Möglichkeit des Ausgleiches der ausfallenden Arbeitstage würde nach wie vor einen allgemeinen 10 1/2 bis 11stündigen täglichen Arbeitstag ergeben haben. Ganz besonders die Saisonindustrie hätte es in der Hand gehabt, zu bestimmten Zeiten des Jahres die Arbeitszeit über Gebühr auszuweihen. Darin lag von vornherein das wertvollste der ganzen Novelle, daß die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen auf 10 Stunden beschränkt wurde.

Der zweite Punkt, um den ein heftiger Kampf entbrannte, waren die Ausnahmetage. Die Regierungsvorlage sah von vornherein 60 Ausnahmetage vor, d. h. auf Antrag kann die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von zwei Wochen die Beschränkung der Arbeiterinnen über 16 Jahre bis zu 12 Stunden täglich gestatten. Insgesamt sollten solche Ausnahmetage bis zu 60 im Jahre gewährt werden können. Die Kommission hat unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der 30 Ausnahmetage verlangte, die Zahl der Ausnahmetage auf 40 beschränkt. Bei der dritten Lesung im Reichstage kam alsdann ein Kompromiß zustande, dahingehend, daß 50 Ausnahmetage gewährt werden können, wenn der betreffende Arbeitgeber, der dieselbe nachsucht, die Gesamt-

zahl der gemachten Ueberschritten innerhalb eines Jahres auf die übrige Arbeitszeit in Abrechnung bringt. Zum Beispiel ein Saisongewerbe beansprucht die 50 Ausnahmetage, es entlohnt alsdann einen Betriebsplan, der so gehalten ist, daß die Arbeitszeit im Durchschnitt das ganze Jahr für jeden Arbeitstag nicht mehr wie 10 Stunden beträgt. Es liegt also die Möglichkeit vor, daß ein solcher Betrieb außer der Saison nur 8 oder 6 Stunden arbeiten läßt. Mit diesem Vorschlag der Industriellen haben sich die bürgerlichen Parteien einverstanden erklärt.

Noch ein dritter Punkt war hart umstritten, die Frage der Arbeitszeitverkürzung für die verheirateten Arbeiterinnen. Ein Antrag in der Kommission, die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich zu beschränken, wurde abgelehnt, angenommen dagegen ein Antrag, der wenigstens für die Vorabende von Sonn- und Festtagen eine 6stündige Arbeitszeit für verheiratete Frauen vorsieht (8 Stunden für Unverheiratete). Auch hiergegen hat sich die Industrie scharf gewehrt. Man behauptete, in vielen Fällen würde die technische Fortführung des Betriebes in Frage gestellt, wenn ein Teil der Arbeiterinnen zwei Stunden früher entlassen werden müßte. Bei der zweiten Lesung im Plenum kam man diesen Bedenken entgegen durch einen Antrag, der alle die Betriebe von der Verpflichtung der kürzeren Arbeitszeit für verheiratete Arbeiterinnen entband, in denen dadurch die technische Fortführung des Betriebes in Frage gestellt würde. Dieser Antrag wurde mit einer knappen Mehrheit abgelehnt.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung setzte nunmehr eine große Aktion der industriellen Verbände und der Arbeitgeberverbände gegen die Beschlüsse des Reichstages ein. Eine Sitzung der Verbände der Arbeitgeberverbände aus der sächsischen Textilindustrie richtete an den Präsidenten des Reichstages telegraphisch das Ersuchen, die dritte Lesung der Novelle nicht vor den Weihnachtsferien vorzunehmen. Man sprach von einer überflüssigen Beschlusfassung usw. Dadurch wurde die ganze Novelle in Frage gestellt. Gesagt es den Industriellen, die Vorlage über die Ferien hinauszuziehen, so würde zweifellos darüber ein heftiger Kampf sich entspannen haben. Es wäre nicht unmöglich gewesen, daß die Industrie die wirtschaftlich schlechte Konjunktur benutzte, um die abhängigen Arbeiterinnen gegen den Zehnstundentag protestieren zu lassen. Aus der Dresdener Zigarettenindustrie lag bereits eine solche Petition mit ca. 9000 Unterschriften vor. Außerdem würde man einzelne Abgeordnete persönlich attackiert haben, und das ohnehin im Hause die Mehrheit keine sehr große war, so wäre es nicht ausgeschlossen gewesen, daß der ganze Arbeiterschutzes in einer erheblichen verschlechterten Form zustande gekommen wäre.

Aber auch eine andere Gefahr stand bevor. Zweifellos würden die Gewerkschaften eine Gegendemonstration gegen die Industrie veranstaltet haben, die die Gefahr in sich schloß, daß es vielleicht in einzelnen Bezirken zu Arbeitsseinstellungen oder zu Aussperrungen gekommen wäre. Deshalb nahm der Abgeordnete Giesberts Gelegenheit, als der Präsident die Staatsberatungen auf die Tagesordnung setzte, den Antrag zu stellen, zuerst die Gewerbeordnungsnovelle zu erledigen mit Rücksicht darauf, daß die Berner Konvention mit dem 1. Januar 1909 in Kraft treten müßte, und ferner, daß es des Reichstages nicht würdig sei, wenn er sich in seinen geschäftlichen Dispositionen von einer kleinen Gruppe von Interessenten hineinreden lasse. Der Reichstag beschloß dementsprechend mit großer Mehrheit, die Novelle weiter zu beraten und schließlich auch in der dritten Lesung zu erledigen.

Die Arbeitgeberverbände ist darüber außer Rand und Band. Man spricht von einer überflüssigen Beratung, die es der Industrie nicht ermöglicht habe, Stellung zu nehmen usw. Die Einwürfe sind nach allen Richtungen hin unbegründet. Die Gewerbeordnungsnovelle ist von der Regierung eingebracht worden unter dem 16. Dezember 1907. Sie lag

schicht des Bodens sorgfältig mit glatten Wänden ausgeworfen und geformt sind und die nun das flüssige Material aufnehmen und fortteilen sollen. Letzteres kann trotz seines Gewichtes und schnellen Laufes je nach Belieben durch Fortschaukeln eines kleinen Dammes oder schnellen Durchschlittens in eine andere Richtung und zu einem anderen Minusale geleitet werden, und umgekehrt versperrt ihm eine vorgeschobene Chamotteplatte, hinter welcher man Sand aufschaukelt, den bisher geflossenen Weg. Es ist also ein Vorgang ähnlich dem, welchen man in Südspanien und im Orient beim künstlichen Verrieseln der Gärten und Felder wahrnimmt. Entweder läßt man nun das Eisen in einem solchen System von Sandkanälen gleich erstarren, oder man führt es durch diese Minusale nur bis zu einem Abflusse, der über der darunter auf einem Wagon aufgestellten Pfanne mündet, die ihrerseits das Eisen noch im flüssigen Zustande den Bessemer Birnen oder anderen Anlagen zur weiteren Verarbeitung zugeführt. Wir haben das alles vorher angesehen, jetzt bliebe dazu auch keine Zeit: denn bereits beginnen etliche Arbeiter mit einem mächtigen Eisenstab wuchtige Stöße gegen die unterste Deffnung des Ofens zu führen, die durch hartgebrannten Ton und Sandmassen verstopft ist und die dem drinnen brodelnden Eisen den Ausfluß wehren.

Es dauert eine Weile, dann hält man inne, der Verschluß ist inzwischen dünnwandig geworden, jeden Augenblick kann der furchtbare Inhalt losbrechen. Behutsam tritt nun ein einzelner Vorarbeiter hinzu. Mit einem kleineren Stabe stößt, bohrt und wühlt er weiter, indem er zugleich sorgsam in die sich weitende Deffnung hineinspäht. Da plötzlich zuckt's glühend aus deren Tiefe auf, schnell springt der Mann zur Seite, und munter, mit hüpfenden Wellen, springt ein hellrotes Wächlein flüssigen Eisens hervor. Das rieselt und rinnt, füllt eilig in die kleinen Kanäle im gehäufelten Sande, durchreißt deren Schleißen und Biegungen, rückt näher und näher, wirft sprühende Funken empor und träufelt sich gleich fließendem Wasser

in hüpfenden Wellen. So hübsch ist dieser Anblick, so harmlos erscheint das Ganze, daß ein unversahenes Kind bei diesem Anblick vor Freude aufjauchzen würde, und doch walten in diesem metallenen Wächlein ungeheure und forsbriugende Kräfte, wenn sie entseßt werden. Wenn wir näher treten, empfinden wir es besser, dann schlägt und eine sengende, verzehrende Glut entgegen, so daß wir die Hand vor die Augen halten müssen, vollends in der Dunkelheit der Nacht, wenn das fließende Eisen gleich einem kleinen Lavastrom blendendes Licht ausstrahlt und scharfhaft die umgebenden Räume und Menschen erleuchtet, gewährt der Anblick des Ofens einen großartigen Anblick.

Die bereitstehenden Arbeiter geben während des ganzen Vorganges genau acht; hier alt es, eine Rinne zu schließen, dort ein anderes Minusale zu öffnen. Eine kleine schadhafte Stelle in den kleinen Sanddämmen würde einen Durchbruch des Metalls und große Verwirrung, wenn nicht Gefahr herbeiführen. Bei unserer Besichtigung wird der größte Teil des Eisens in zwei längst bereitstehende Pfannen geleitet. Wie dickflüssiges Del strömt es hervor, und ein wahrer Sprühregen von glühenden Feuerfunken fliehet auf. Man sieht dem leuchtenden Schauspiel zu und ahnt in der weithin strahlenden furchtbaren Hitze die zerstörende Wirkung dieser geschmolzenen Massen.

Bei anderen Hochöfen sehen wir das Ablassen der flüssigen Schlacke, und zwar aus einer anderen Deffnung, die etwas höher liegt, als die für das Eisen, das unten fließt, während die Schlacke oben schwimmt. Früher mußte man mit diesen ungeheuren Schlackemassen nichts anzufangen, man schüttelte sie als lästiges Material auf Halben. Heute läßt man sie bei vielen Werken und neueren Hochöfen in Wasserriemen ablaufen und garnulieren. Die auf diese Weise körnig, als grober Sand erstarrten Schlackemassen liefern hernach, mit Zement vermisch, einen guten Beton, mit welchem man vor allem die ausgebeuteten Straßen und verlassenen Stellen in den benachbarten Kohlenzechen ausmauert. Auch zum Straßenbau und als

Kleinschlag wird die in Blöcken erstarrte und dann zerkleinerte Schlacke gern verwendet. Daß die bei der Stahlbereitung, im sogenannten Thomasverfahren zurückbleibende phosphorreiche Schlacke auch als wertvolles und vielbegehrtes Düngemittel verkauft wird, ist allbekannt. Bedeutender Nebenerwerb erwächst daraus den größten Stahlwerken.

Wir hörten schon, daß die entweichenden Brenngasen der Hochöfen einestells zum Heizen der Cowperöfen oder Luftvorwärmer, andernteils auch zum Treiben der Gasmotoren verwendet werden. Desgleichen gehen bei den Koksofen neuerer Bauart keine Gase mehr verloren, auch dort dienen sie den gleichen Zwecken; vorher aber schon hat man aus ihnen durch eine Reihe von komplizierten Vorgängen als wertvolle Nebenprodukte Steinkohlenteer, Benzol und Ammoniak gewonnen, wovon besonders das Benzol bekanntlich seinerseits wieder den heimischen Fabriken als Rohstoff für die Herstellung vielfältiger wertvoller Substanzen dient, von denen wir nur die Anilinfabriken zu nennen brauchen, um die Bedeutung dieser Fabrikation darzutun. So sehen wir allerwärts, wie die moderne Industrie und Technik darauf Bedacht nimmt, daß nichts verloren geht, daß nie mehr alles einer neuen Bestimmung und Veredlung entgegengeführt wird.

Man ahnt damit gewissermaßen der Natur als Lehrmeisterin nach, die gleichfalls die aus großen Lebensprozessen als Rückstand hervorgehenden Abfallstoffe sogleich wieder neu zu verwenden und dem großen Kreislauf der Stoffe zurückzuführen sucht. Das ist, neben der sonst so hervorragend praktischen und nützlichsten Richtung unserer heutigen Industrie ein großer, idealer Zug, der dieselbe durchzieht. Fast unbewußt, lediglich aus praktischen Erwägungen heraus, wird er angewendet, und doch liegt in ihm eine Veredelung der Materie, eine Durchgelung, die an die Gedanken des Schöpfers mahnt, welche die Natur befehle.

also betrachte ein volles Jahr vor. Die Kommission, welche die Novelle herabsetzt, hat ihre Arbeit gleich nach Einbringung der Vorlage und nach der ersten Lesung im Plenum aufgenommen, und die Parteien haben dazu entsprechend ihre Anträge gestellt. Während der ganzen Sommerferien war also Zeit, die Novelle und die Anträge der Parteien zu kritisieren. Das ist auch reichlich geschehen, wie eine große Anzahl von Petitionen beweist, die dem Reichstage darüber aus den Kreisen der Arbeitgeber, besonders der Handelskammern zugegangen sind. Von einer Ueberprüfung kann nun so wenig die Rede sein, als der Zehnstundentag allgemein eine Forderung ist, die der Reichstag selbst durch Annahme von Anträgen verschiedener Male akzeptiert hat. Speziell aber für die Arbeiter sind umfangreiche Vorarbeiten gemacht worden. Im Jahre 1902 hat die Regierung durch die Gewerbeinspektion Erhebungen veranstaltet, welche über die tägliche Arbeitszeit der Arbeiterinnen über 16 Jahren und über die Zweckmäßigkeit und Durchführung einer weiteren Herabsetzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Der größte Teil der Gewerbeinspektoren sprach sich vorbehaltlos für die Durchführung des Zehnstundentages aus. Ein kleiner Teil wünschte Ausnahmestimmungen.

Dann hat sich die Gesellschaft für Sozialreform im Jahre 1902 ebenfalls auf ihrer Generalversammlung in Köln mit der Zehnstundentage befaßt. Dazu hatte Generaldirektor Dr. Pieper vom Volksverein W. Gladbach und Frau Dr. Helene Simon eingehende Referate erstattet. Herr Dr. Pieper schlug schon damals eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit für die Arbeiterinnen und neun Stunden an den Vorabenden der Sonn- und Festtage vor. Seit dieser Zeit mußte die Industrie mit der Eventualität des Zehnstundentages rechnen. Und sie hat auch damit gerechnet, wie die Stellungnahme ihrer Korporationen beweist. Ueber die Verhandlungen der Gewerbeordnungs-Kommission sind auch laufende Berichte in der Presse erschienen. Die Kommission war extra 14 Tage früher zusammengetreten als das Plenum des Reichstages, um die Arbeit zu fördern. In der Kommission selbst war die Industrie sehr gut vertreten. Die Abgeordneten Stresemann, Bahr, Manns, Schmidt-Altenburg sowie Freiherr von Harnheim haben es an Bemühungen nicht fehlen lassen, die Interessen der Industriellen zu vertreten und, wie zugestanden werden muß, mit großer Sachkunde und Entschiedenheit. In vielen Fällen haben diese Herren selbst die Opposition preisgegeben auf Grund der aufklärerischen Verhandlungen. Wenn in anderen Fragen der Kommission ihre Gründe nicht beweiskräftig genug erschienen, so kann man darüber der Kommission und dem Reichstage keinerlei Vorwürfe machen. Nichts ist also verfehlter als der Vorwurf, die Gewerbeordnungs-Novelle sei in überstürzter Weise zustande gekommen. Im Gegenteil, die verhältnismäßig wenigen Paragrafen, die die Vorlage enthält, haben eine eingehende Beratung erfahren. Wenn trotzdem eine Zuschrift an die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 1924) lautet:

„Man wird es der deutschen Industrie und der Textilindustrie nicht verübeln können, wenn sie sich gegen die auf diese Weise zustande gekommenen Reichstagsbeschlüsse, die weit über die Regierungsvorlage hinausgehen, energisch zur Wehr setzt. Wahrscheinlich wird dies schon in den nächsten Tagen durch die Arbeitgeberorganisationen geschehen, die sich vielleicht nun dazu gezwungen sehen, den noch einzig möglichen Weg zu beschreiten, um ein Inkraftsetzen der Reichstagsbeschlüsse zu verhindern, nämlich den, den Bundesrat zur Ablehnung dieser Beschlüsse zu veranlassen“.

so muß man ein solches Vorhaben im Interesse der Industrie selbst lebhaft bedauern. Wir hoffen, daß der Bundesrat sich nicht von dem Ansturm der Scharfmacher beeindrucken läßt. Sollten wirklich nach der Richtung hin Schritte unternommen werden, so wäre es auch Pflicht der Arbeiter, eine Gegenaktion zu veranstalten. Daß diese gegebenenfalls ebenso nachdrücklich wie entschieden werden würde, das bedarf gar keines Zweifels.

Es soll rundweg zugestanden werden, daß für einzelne Zweige der Textilindustrie der Uebergang vom Elf- zum Zehnstundentag mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein wird, wie überhaupt jede gesetzliche Reformmaßregel für die Zweige, welche davon betroffen werden, unangenehm wirkt. Es ist aber doch entschieden übertrieben, wenn man von der Konkurrenzunfähigkeit in der Industrie gegenüber dem Auslande usw. redet. Diese Argumente sind nicht neu. Sie wurden von Anfang an bei der Inangriffnahme des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung ins Feld geführt. Diese tatsächlichen Verhältnisse haben jedoch gezeigt, daß die deutsche Industrie durchaus nicht konkurrenzunfähig geworden ist durch die sogenannten „sozialen Lasten“. Im Gegenteil, gerade das Zeitalter eines erhöhten Schutzes für Leben und Gesundheit der Arbeiter, einer besseren Sicherung seiner Existenz in den Tagen des Unfalles, der Krankheit und der Invalidität, war auch die Zeit des größten Emporkommens der deutschen Industrie. Schließlich muß die Gesundheit der deutschen Arbeiterinnen uns höher stehen, wie das persönliche Interesse einzelner Industrieller. Wie rufen deshalb dem Bundesrat zu: Landgraf bleibe hart gegenüber dem Ansturm der Scharfmacher. (Zentralblatt.)

Maschinenbau- und Kleinereisen-Industrie-Berufsgenossenschaft.

Der Vorstand der Maschinenbau- und Kleinereisen-Industrie-Berufsgenossenschaft Düsseldorf verteilt wie auch im vorigen Jahre an die Versicherten einen Auszug aus dem Verwaltungsberichte für 1907, um, wie einleitend bemerkt wird, das Interesse der Versicherten an den Bestrebungen der zu ihrem Wohle bestehenden Berufsgenossenschaft zu fördern und zu wecken.

Zunächst wird ein Ueberblick über den Umfang der Berufsgenossenschaft gegeben, woraus zu ersehen ist, daß bei derselben im Jahre 1907 zusammen 7735 Betriebe versichert waren mit 225 462 Arbeitern und Betriebsbeamten. Die anrechnungsfähige Lohn- und

Gehaltssumme dieser Versicherten betrug 279 536 855 Mark. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters betrug im Jahre 1907: 1281 Mt., 1906: 1238 Mt., 1905: 1175 Mt., 1904: 1137 Mt. Von den 7735 Betrieben sind im Berichtsjahre 1909 von dem Aufsichtsbeamten daraufhin untersucht worden, ob in den einzelnen Betrieben die Unfallverhütungsvorschriften auch eingehalten werden.

Es wird betont, daß in dieser Hinsicht noch viele Mängel vorgefunden wurden, und es werden in dem Berichte Arbeiter und Betriebsbeamte aufgefordert, auf dem Gebiete der Unfallverhütung eifrig mitzuarbeiten, denn es ist besser, Unfälle zu verhüten, als Unfallsfolgen zu heilen, weshalb die Unfallverhütung zu den vornehmsten Aufgaben gerechnet werden muß. Besonders sollten die Arbeiter diese Aufgabe nicht aus dem Auge lassen, da sie ungleich schwerer von dem Unfall betroffen werden, als die Berufsgenossenschaft. Die Versicherung muß zwar Willkuren von Entschädigungen zahlen, der Arbeiter kann aber durch einen Unfall einen unerfährlichen Schaden leiden, oder gar sein Leben einbüßen. Der Bericht weist deshalb auf die Unfallverhütungsvorschriften hin, welche gemeinsam mit den Vertretern der Arbeiter ausgearbeitet sind, und bemerkt, daß die besten Vorschriften nichts nützen, wenn dieselben nicht ausgeführt werden. Der Grund für die Nichtbeachtung der Vorschriften liegt oft darin, daß durch die Gewohnheit das Bewußtsein der bei der Arbeit stets vorhandenen Gefahr abgeschlumpft wird, und daß sie gar nicht wissen, wie viel schreckliche Unfälle sich jahraus, jahrein und Leiden in immer größerer Zahl sich zuragen.

Lehrreich jedoch ist die Verteilung der 2319 Entschädigungspflichtigen Unfälle nach ihren Ursachen im Berichtsjahre. Da ergibt sich folgendes Bild:

Auf Schuld des Arbeitgebers und des Arbeiters zugleich waren zurückzuführen	27 Unfälle
Auf Schuld des Arbeiters, des Mitarbeiters oder dritter Personen	1071 Unfälle
Auf sonstige Ursachen usw.	1221 Unfälle
Summa	2319 Unfälle

Der Bericht führt dann eine Anzahl bemerkenswerter Unfälle an, um damit zu zeigen, wie durch die größtmögliche Befolgung der Vorschriften viele Unfälle hätten vermieden werden können. — Soweit eine kurze Uebersicht über den Bericht.

Es ist nicht zu verkennen, daß viele Unfälle durch Arbeiter selbst verschuldet werden, wer aber mitten im Erwerbaleben drin steht und tagtäglich Erfahrungen sammelt, dem fällt sofort noch ein Grund auf, der mit an den von Jahr zu Jahr steigenden Unfällen beiträgt. Es sind in den Fabriken, jetzt besonders bei der wirtschaftlichen Krise, Akkordabzüge an der Tagesordnung. Die Kraft des einzelnen Arbeiters sowie der Maschine werden dadurch auf das höchste angepannt, und wieder auf den alten Verdienst zu kommen. Daß bei solchem Gehen und Jagen die Unfallverhütungsvorschriften leider sehr wenig zur Geltung kommen, weiß jeder aus der praktischen Tätigkeit. Es sind eben die Akkordpreise so gesetzt, daß jede Minute ausgenutzt werden muß und das eigene Leben sowie das Leben des Mitarbeiters dabei oft in Gefahr stehen. Wenn nun die größte Anzahl der Unfälle unter die Rubrik sonstige Ursachen gestellt sind, so darf man mit Gewißheit annehmen, daß hier die Hast infolge der Preisdrückerei und Antreiberei eine große Rolle spielt.

Auf einen andern Fehler sei noch kurz hingewiesen. Wenn in einem Betriebe nach dieser Richtung hin Mängel bestehen, so wird von seiten der Arbeiter bei der Leitung zu wenig auf Abhilfe hingearbeitet, und warum? Es will keiner oben antworten, denn die meisten Betriebsführer sehen es nicht gern, wenn sie auf Mängel hingewiesen werden, auch wenn es im Interesse des Betriebes oder der Versicherung liegt. In den Betrieben, wo Arbeiterauschüsse bestehen, ist es ja Aufgabe derselben, die Leitung auf bestehende Mängel aufmerksam zu machen und auf Abhilfe zu dringen. Nun wissen wir aber auch aus der Erfahrung, daß in den Betrieben, in welchen Arbeiterauschüsse bestehen, dieselben machtlos sind, wenn nicht eine gut geschulte organisierte Arbeiterschaft hinter denselben steht.

Auf dem Gebiete der Unfallverhütung können unsere Gewerkschaften segensreich wirken. In den Betriebsversammlungen werden die einzelnen Kollegen auf die Mängel und die Gefahren aufmerksam gemacht, welche noch in dem Betriebe bestehen. Es wird bei der Betriebsleitung von seiten der Gewerkschaft auf Abhilfe gedrängt, und wenn das nichts fruchtet, an maßgebender Stelle bei den Gewerbeinspektoren die Mängel zur Kenntnis gebracht. Das Bestreben der Gewerkschaften ist es ferner, dafür in erster Linie zu sorgen, daß der Arbeiter unter menschenwürdigen Verhältnissen seinen Lebensunterhalt erwirbt und nicht unter Bedingungen, wo sehr oft sein Leben in Gefahr steht.

In den Gewerkschaften wird das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitskollegen wachgehalten, welches besagt: Du sollst Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst und Du hast die moralische Pflicht, das Leben Deines Mitarbeiters zu beschützen.

So wirken die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Unfallverhütung sehr segensreich, und noch mehr

könnte zum Wohle der Allgemeinheit gewirkt werden, wenn nur die große Masse der Arbeiter es erlernen möchte, wie viel sie hier den Gewerkschaften zu verdanken haben, und daß auch ein jeder die Pflicht hat, an dieser Aufgabe christlicher Nächstenliebe mitzuarbeiten.

M. C.

Gewerkschaftlich es.

Werkmeister und Unternehmer.

In deutschen „Werkmeister-Verband“ machen sich in letzter Zeit Strömungen bemerkbar, die für uns Gewerkschaftler sehr interessant sind. Bisher haben sich leider in allzuvielen Fällen die Meister und sonstigen Betriebsbeamten von den Unternehmern als gesellige Werkzeuge — vornehmlich, wo es die Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterorganisationen galt — gebrauchen lassen. Allmählich sehen es aber die weiterdenkenden Köpfe im Meisterlager ein, daß sie ebenio abhängig vom Unternehmertum sind, wie auch die Arbeiter und so erwacht bei ihnen das Standesinteresse als erster Schritt zur besseren Erkenntnis. Diese Wandlung spiegelt sich recht deutlich wieder in der Zuschrift eines Meisters, die in Nr. 52 (Jahrg. 1908) der „Werkmeister-Zeitung“ veröffentlicht wird. Dort heißt es:

„Wer in letzter Zeit unsere Zeitung gründlich gelesen hat, wird auch die Bemerkung gemacht haben, daß man allervorts unsern Standesinteressen etwas mehr Aufmerksamkeit wie in den letzten Jahren schenkt. Artikel der Redaktion unter dem Titel: „Bureaudiener und Werkmeister“ — „Die Hebung des Werkmeisterstandes“ — „Mit den großindustriellen Kopparbeitern“ — „Unwürdige Zumutungen“ beweisen, daß man es an der Zeit findet, dieses Thema einer eingehenden Besprechung zu unterziehen. Hat man nun den Mut und spricht in Kollegenkreisen über diese Angelegenheit, so zieht ein Teil der Kollegen die Schultern und meint ganz phlegmatisch: „Wir im Werkmeister-Verband können wenig dazu beitragen. Unser Verband ist eine Vereinigung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Mitglieder vorerst nur in Notfällen zu unterstützen. Die Hunderte von Gewerken, welche im Verbaude vertreten sind, lassen sich nicht unter einen Hut bringen; ein Kammerbiererei können wir niemals werden.“ Solche Reden hören wir aber nur stets von alten Herren, die jüngeren sind anderer Meinung. Die erwähnten Artikel zeigen, welche Ansinnen man heute noch an den Meister stellt und welche Wertschätzung er genießt. Man liest, daß ein Bureaudiener besser bezahlt wird, wie mancher Werkmeister, daß der Werkmeister unter den industriellen Beamten die undankbarste Stellung — eine Pufferstellung zwischen Arbeitern und Prinzipal — einnimmt, daß er in meisten Großbetrieben nur als Antreiber benutzt wird und seine ihm früher obliegenden Arbeiten jetzt durch Junggenieure oder Bureaubeamte vollführt werden. Und doch trägt sich unter uns nicht einer, um gegen diese unwürdigen Zustände Front zu machen. Soll es doch sogar vorgekommen sein, daß in einem Großbetriebe die Meister gezwungen wurden, vor dem Herrn Direktor eine militärische Haltung anzunehmen! Haben wir uns zusammengefunden, gut und schlechtbezahlte Kollegen, uns in Notfällen und Widerwärtigkeiten des Lebens zu unterstützen, so müssen wir auch den Mut besitzen, uns in anderen Angelegenheiten treu und ehrlich unter die Arme zu greifen, z. B. wenn man Ansinne an uns stellt, die nicht mit unserer Stellung im Einklang zu bringen sind.“

Der Einsender verlangt sodann die Einrichtung einer Beschwerdekommision, die Beschwerden der Mitglieder über Arbeitgeber, wie auch über die Anstellungsbedingungen entgegen zu nehmen und näher zu untersuchen habe. Und zum Schluß schreibt er dann: „Wir haben uns nicht zusammengefunden, uns nur in Notfällen zu unterstützen, sondern wir haben auch die heilige Pflicht, unsern Stand zu heben. Das ist unsere erste Aufgabe, denn dies tut uns in jeglicher Zeit bitter not.“

Das sind frische, gewerkschaftliche Töne, die aus dieser Zuschrift herausklingen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden es freudig begrüßen, wenn die Werkmeister mehr wie bisher zur Erkenntnis ihrer Lage kommen. Diese Erkenntnis wird aber auch zu der von uns längst erkannten Notwendigkeit führen, daß Meister und Arbeiter sich in ihrem wirtschaftlichen Streben nicht als Gegner, oder gar Feinde gegenüber stehen dürfen, sondern eher als Verbündete den Auswüchsen des Kapitalismus gegenüber. Die Gewerkschaftler würden aber auch schon damit zufrieden sein, wenn die Werkmeister bei ihrer gewiß nicht leichten Stellung den Organisationsbestrebungen der Arbeiter zum mindesten objektiv und gerecht gegenüberstehen würden. Das können und müssen wir auch verlangen. Hoffentlich wird der frische soziale Zug in den Reihen des Meisterstandes dazu beitragen, dieses bessere Verhältnis überall zwischen Meistern und Arbeitern herbeizuführen. Es wird zum Besten beider Teile sein.

Gelbe Zwangsgliederschaft.

Die Stammväter der Gelben behaupten stets, daß sich die unorganisierten Arbeiter deshalb in gelben Werkvereinen zusammenschließen müssen, um dem „Terrorismus“ der Gewerkschaften einen Damm entgegen zu setzen. Jeder näher Eingeweihte weiß aber, daß dies eitel Humbug ist und nirgends ein größerer Gewissenszwang ausgeübt wird, wie in den gelbver-

feuchten Betrieben seitens der gelben Protektoren und deren Gaublangern. Ein drastisches Stimmungsbild von der gelben Zwangsjacke gibt folgendes Bekenntnis eines „M u ß - G e l b e n“ aus Augsburg, das in der vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften Augsburg herausgegebenen „Bayerischen Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wird. Das gelbe Kulturdokument hat folgenden Wortlaut:

„Wer in seinem Leben noch nie getäuscht wurde, der möge nur in einem Werkereien eintreten. Der allergrößte Teil der Gelben sind, ebenso wie ich, das weiß ich bestimmt, nur gezwungen dabei. Ein kaum sichtbarer, aber desto mehr fühlbarer Terrorismus wird in den meisten Betrieben auf den nichtgelben Arbeiter so lange ausgeübt, bis derselbe zu dem Bewußtsein kommt, daß es besser ist, wenn er auch gelb wird. Jene aber, die „freiwillig“ als gelb sich melden, sind geblendet durch die übertriebenen Versprechungen, genannt „Wohltaten“, in Wirklichkeit aber der Arbeiterschaft abgepreßtes Geld. Diese Behauptung hat sich an mir selbst bewahrheitet. Schon seit einiger Zeit verdiene ich von Bahntag zu Bahntag weniger, so daß ich seit ungefähr einem Vierteljahr mindestens 40 Mk. Schaben habe, trotzdem ich dieselbe Arbeit verrichte, für die ich früher besser bezahlt wurde. Einige Freunde von mir klagen über fortwährenden Wechsel im Arbeitsverhältnis, d. h. dieselben werden fortwährend bald hier, bald dort hingeschoben und wenn der Bahntag kommt, dann fehlen ganz sicher wieder 4 bis 5 Mk. Eine Beschwerde bei dem kommissarischen Beamtensystem hat gar keinen Wert. Entweder man wird verläßt, verpöbelt oder gar noch recht ausgeschimpft. Bei den Veranstaltungen des gelben Vereins sprechen nur diejenigen das große Wort, welche tatsächlich in großer Gnost stehen und deshalb auch überall im Vortritt sind, und welche demjenigen, der sich erlauben würde, bei solchen Umständen etwas zu sagen. Einen „Weihnachtskrummel“ feiern die Gelben auch, ja, da wird sogar ein Hauptgewicht daraufgelegt. Bei dieser Gelegenheit soll Alt und Jung eine „Freude“ bereitet werden. Der „moderne“, mit elektrischen Lichtern ausstatten Weihnachtsbaum glänzt in voller Pracht, die Kinder werden beschenkt mit Leckereien und, man denke sich die große Gnost, jedes Kind bekommt 50 Pfennige zum Geschenk. Meiner Frau, die ohne meinen Willen mit den Kindern auch an dem Krummel teilgenommen hatte, rechnete ich des Abends einmal vor, daß wir die Betroffenen sind. Wenn man bedenkt, wie das ganze Jahr hindurch die Arbeiterschaft rücksichtslos ausgebeutet wird, wo die freie Willensmeinung geradezu mit Füßen getreten wird, wenn Klischee auf Klischee und entgegenwärtigen und wenn dann zu Weihnachten aus demselben Munde die „Friedensworte“ erschallen, dann klingt das wie Hohn auf den eigentlichen Charakter des Weihnachtsfestes.“

Diesem Notschrei eines gezwungenen Gelben braucht man kein Wort hinzuzufügen; dieses Bekenntnis spricht für sich selbst und ganze Bände zur Beurteilung der wahren Natur der gelben Bewegung.

„Trene Seelen finden sich! . . .“

Der neue Zentralverband der deutschen Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter (Eich Elberfeld) hat innerhalb der ganz kurzen Zeit seines Bestehens bereits über 4000 Mitglieder gewonnen. Neue Ortsvereine sind in 1700 Gegenden gegründet. Täglich einlaufende Besuche um Rat zu geben, daß in allen Eisenbahnreisen der Arbeiter an Rollen bearbeitet ist. . . Man konnte darauf gespannt sein, wie der Vorsitzende des Erlanger Verbandes, Herr Holz, sich zu den geradezu vernichtenden Anklagen gegen ihn und seine Wirkkraft stellen würde. Die da geglaubt haben, Holz würde sich rechtfertigen können, sind bitter enttäuscht. In allen Nummern seiner Zeitung, die sich mit den Vorlesungen befassen, auch nicht einmal den Versuch, die schweren Vorwürfe zu entkräften. Holz beschränkt sich vielmehr darauf, die leitenden Personen des neuen Verbandes größtenteils zu verdächtigen und zu beleidigen. Da diese Klage angestrengt haben, wird ja die Wirtschaft im Erlanger Verband auch noch an anderer Stelle eine interessante Beleuchtung erfahren.

Das Schönste leistet sich das Erlanger Verbandsorgan in seiner vorletzten Nummer. Es benutzt die sozialdemokratische Presse als Sideshelfer. An leitender Stelle druckt Herr Holz die böswillig verdrehten und längst richtiggestellten Artikel sozialdemokratischer Blätter zu seiner Rechtfertigung ab. Es ist jedenfalls das erste Mal, daß eine „nationale“ Staatsarbeiterorganisation zu ihrer Rechtfertigung sozialdemokratische Blätter als Kronzeugen anführt. Herr Holz, der Vorkämpfer für katholische Fachabteilungen, Arm in Arm mit der Sozialdemokratie! Gehen nunmehr den Eisenbahnhandwerkern und -arbeitern noch nicht die Augen auf? Versteht man jetzt allmählich, warum die sozialdemokratische Presse sich des Holz'schen Verbandes so warm annimmt? Sie glaubt in ihm am besten ihre Sache verfolgen zu können, indem sie im Stillen sich erfolgreich der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter bemächtigen konnte. Dem ist allerdings in dem neuen Elberfelder Verbands von vornherein dadurch ein Niegel vorgeschoben worden, daß er sich dem Zentralverband der christlichen Gewerkschaften anschloß.

Vor Ueberspannung des Gewerkschaftsprinzips,

die in letzter Zeit als eine Folge des sozialdemokratischen Medikalkismus mehrfach in die Erscheinung trat, und dank der radikalen Presse zu einer Disziplinslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Gewerkschafts-

leiter führte, warnt Eduard Bernstein in den Sozialistischen Monatsheften (Nr. 24), indem er in einem Artikel über Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus schreibt:

„Es muß ausgesprochen werden, daß es für Lohn-erhöhungen und Reduktionen der Arbeitsleistung jedesmal Grenzen gibt, deren Ueberschreitung das Gegenteil des gewollten Ergebnisses herbeiführen kann, daß die Aufgabe der Gewerkschaft, was die Lohnfrage anbelangt, vorwiegend darin liegt, den Arbeiter gegen Lohndruck und häufige Lohnskala-tionen zu schützen, es muß den Funktionen über die Möglichkeit unausgesetzter Erhöhung der Geldlöhne gegenüber der Wert der Stetigkeit der Löhne in Verbindung mit der zu erstrebenden Erhöhung ihrer Kaufkraft, das heißt des Realeinkommens der Arbeiter, stärker als es heute geschieht, betont werden. Zum Teil werden die Gewerkschaften durch die Praxis dahin geführt, dies zu erkennen und ihre Politik danach einzurichten. Aber mit ganzer Kraft und Systematik werden sie es doch nur in dem Maße tun, wie die sozialistische Theorie von ihrem utopischen Weltwerk befreit, den Zusammenbruch-illusionen der Abschied gegeben wird und Sätze, die noch in der Utopie wurzeln, wie „Abschaffung der Lohnarbeit“, durch Sätze und Forderungen ersetzt sind, die mit den erkannten Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens in Einklang stehen.“

Auf dem Nürnberger Parteitag der Sozialdemokratie stellten sich bekanntlich die namhaftesten Gewerkschaftsführer auf die Seite der Ludgelbewilliger. Sie hatten eben in der Praxis gelernt, daß man mit striktem Festhalten an sozialistischen Theorien nicht weiter kommt und daß man, um mit Erfolgen aufzuwarten zu können, den wirtschaftlichen Tatsachen Rechnung tragen muß. Daher der „praktische Revisionismus“ der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Die Zeit wird auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftler mehr und mehr zu der nüchternen Gegenwartsarbeit führen, die von den christlichen Gewerkschaften von Anfang an dem Arbeiter am dienlichsten geübt wurde, wenn sie es es auch nicht zugeben wollen. Aber auch den Unorganisierten können die in den obigen Worten enthaltenen Lehren zur Belehrung dienen. Es ist Tatsache, daß die Gewerkschaftsarbeit das beste Mittel gegen Lohnkürzungen ist.

Aus der Metallindustrie.

Der Absatz der lothringisch-luxemburgischen Montanindustrie,

der seit etwa einem Jahre eine bedeutende Stodung erlitt, scheint sich mit dem Beginn des neuen Jahres etwas zu heben. Vereinzelt wird gemeldet, daß wegen Mangel an Aufträgen ausgeblasene Hochofen wieder in Betrieb kommen. Bei den Rombacher Hüttenwerken machte die Krise sich am meisten fühlbar. Von sieben in Betrieb sich befindenden Hochofen auf der Rombacher Hütte sind seit etwa Jahresfrist drei ausgeblasen. Laut Geschäftsbericht des Aufsichtsrates, der in der letzten Generalversammlung erstattet wurde, hofft man gleichfalls mit Beginn des neuen Jahres auf eine Besserung der Absatzverhältnisse.

Die Arbeiter der Berg- und Hüttenwerke haben bedeutende Lohnreduzierungen erfahren, die man freiwillig bei einem bessern Geschäftsgang nicht wieder rückgängig machen wird. Leider lebt das Gros der Arbeiterschaft bei Zeiten guter Konjunktur sorglos in den Tag hinein. Kein Wunder, daß bei Zeiten wirtschaftlichen Niederganges trotz angemessener Dividenden enorme Lohnreduzierungen vorgenommen werden. Ob die lothringischen Hüttenarbeiter aus den Erfahrungen der jetzigen Krise die richtigen Lehren ziehen werden?

Der Rheinisch-Westf. Eisen- und Drahtmarkt.

Der Anzeiger für die Drahtindustrie schreibt in Nr. 23: Zu der allgemeinen Geschäftslage auf dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Drahtmarkt haben die letzten Wochen keine Besserung gebracht. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Verhältnisse wieder entschieden ungünstiger geworden sind. Den größten Mißstand bilden die außerordentlich gedrückten Preise, während die Beschäftigung der Werke hier und da sogar etwas zugenommen hat. Die Ausfuhr liegt im großen und ganzen sehr darnieder, was ja bei der Verworfenheit und Unsicherheit der welt-politischen Lage nur zu erklärlich ist, und es ist kaum anzunehmen, daß im Laufe des Winters in diesen Verhältnissen eine Aenderung eintreten wird. — Was speziell den Drahtmarkt angeht, so kann im allgemeinen über die Beschäftigung der Walzdrahtwerke nicht geklagt werden, wenn auch die noch vorhandenen Aufträge gegenüber dem Vormonat recht erheblich zurückgegangen sind. Beim Walzdrahtverbande lag Ende November noch ein Arbeitsbestand von 27 500 Tonnen vor, wovon 9700 Tonnen auf das Inland und 17 000 Tonnen auf das Ausland entfielen, jedoch also der Anteil des Auslandes sich auf etwa 65 Prozent beläuft. In der letzten in Berlin abgehaltenen Sitzung des Walzdrahtverbandes wurde beschlossene Preis unverändert auf 127,50 Mk. pro Tonne franko Waagon für Lieferung im ersten Vierteljahr 1909 be-

stehen zu lassen. Ferner soll beschlossen worden sein, die Anführergelöhner für Walzdraht von 17 auf 20 Mark pro Tonne ab 1. Januar zu erhöhen. Sodann fanden auf Anregung des Walzdrahtverbandes hin jüngst in Berlin Kommissionsberatungen über die Schaffung einer Preis-kommission für Drahle und Drahtstücke statt. Bestimmte Beschlüsse hierüber konnten natürlich noch nicht gefaßt werden, aber demnächst soll durch eine Vertreterversamm-lung derjenigen gemischten und reinen Werke stattfinden, die dem Projekte nicht direkt feindlich gegenüberstehen. Im übrigen ist die Lage der Drahtindustrie...

unbefriedigend. Hier und da hat sich allerdings in letzter Zeit der Begehrt gehoben, aber der scharfe Preiswettbewerb der Werke unter sich verhindert jedes unbringende Geschäft. Noch gedrückter sind die Preise für Drahtstücke, die vielfach auf einem Niveau angelangt sind, daß die Werke direkt zusehen müssen. Es scheint zwar, daß der inländische Markt letzthin etwas mehr Neigung spürte, sich mit Drahtstücken zu versorgen, aber bei dem traurigen Preisstande wird dadurch die Lage der Werke nicht einmal gelindert. Erwähnt sei dann noch, daß unlängst in Berlin eine Versammlung der dem Syndikat für sechsseitige Drahtgeflechte angehörenden Firmen stattfand, um zu beraten, wie die außerhalb des Syndikates stehenden Firmen herangezogen werden könnten. Es scheint aber nicht, daß man in dieser Beziehung zu befriedigenden Ergebnissen gelangt ist. Was die Preise auf dem Drahtmarkt angeht, so stellen sich dieselben nach den letzten Notierungen der „Rhein. Ztg.“ wie folgt: Es wurde gezahlt für gewöhnlichen Flußeisen Draht im Inlande 127,50 bis 132,50 Mk., je nach dem Umfang des Geschäftes, für ebenjolden gezogenen Draht 140,50 bis 145. — Mk. Grundpreis. Drahtstücke stehen beziehungsweise auf 135,50 bis 137,50 Mk. Grundpreis. — Auf dem Eisenmarkt blieb die Nachfrage für Stabeisen sehr verschieden: im großen und ganzen aber ist die Lage unbefriedigend. Ebenso ist der Verbrauch von Bandstücken noch sehr schwach. Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Bandstückenwalzwerke hat inzwischen beschlossen, den Verkauf für das erste Vierteljahr 1909 zu dem unveränderten Grundpreis 127,50 Mk. freizugeben. Träger und sonstiges Bandstücken werden zur Zeit nur in sehr bescheidenen Posten gekauft, was allerdings gewöhnlich um diese Jahreszeit der Fall ist. Auf dem Blechmarkt waren Feinbleche noch stark vernachlässigt, und ebenso ist die Beschäftigung in Grobblechen sehr schwach. Die Stangenfabriken und Maschinenfabriken haben auch nur sehr mäßig zu tun. Ebenso ist die Nachfrage nach Rohstücken schwach. Die Beschäftigung der Tagespresse über neue Ver-ständigungsversuche unter den deutschen Hochofenwerken sind unrichtig. — Auf dem Kupfermarkt sind die Preise seit unserem letzten Berichte gestiegen. Kupfer kostete 68 bis 64 P. St. Blei stand im Preise zwischen 13 P. St. 7 1/2 Sh. und 13 P. St. 15 Sh.; Zink kostete 21 P. St. 7 1/2 Sh. bis 22 P. St. und Zinn 134 P. St. 2 1/2 Sh. bis 136 P. St.

Streiks und Lohnbewegungen.

Behörden im Dienste der Unternehmer.

Nähezu 6 Monate kämpfen nunmehr unsere Kollegen in Lindlar gegen einen von der Feilenfabrik Firma A. Klein an den sehr kläglichen Löhnen beabsichtigten Abzug von 10 und 15 %. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen den Herrenmenschen-Standpunkt der Firma, die sich mit aller Beharrlichkeit weigert, in irgendwelche Verhandlungen einzutreten. Daß die Lohnfrage nicht der hauptsächlichste Grund der Starrheit der Firma ist, beweist der Umstand, daß die gleiche Firma, die vor einigen Monaten jammerte, zu Grunde zu gehen, wenn die Arbeiter den Abzug nicht auf sich nehmen würden, nunmehr Arbeitern, denen sie die schändliche Rolle eines Streikbrechers zumutet, 3,40 Mk. pro Tag für Arbeit anbietet, an der die streikenden Arbeiter nur 2,75 bis 3,00 Mk. erhielten. Doch auch dieses Mittel hat nicht verfangen, trotz aller Werbearbeit des Buchhalters haben sich ganze zwei Mann gefunden und diese, die nach übereinstimmender Aussage der Arbeiter ihren eigenen Schweiß nicht riechen können, seien der Firma nicht los überlassen.

Nachdem nun die Heranziehung brauchbarer Arbeitskräfte vollständig scheitert, scheint es, als ob die Behörde von der Firma engagiert sei, um diese „edle“ Arbeit zu vollführen. Aus der Nummer 51 unseres Organs vom vorigen Jahre ist bereits ersichtlich, daß die Firma in ihren Streikbrecheranfragen jagt:

„Für hinreichenden Schutz der Arbeitswilligen wird behördlicherseits gesorgt.“

Mit recht preußischer Promptheit begleitet der Polizeiwachmeister die beiden „Retter der Firma“ von und zur Fabrik, obwohl den „nützlichen Elementen“ bisher auch noch kein Haat gekrümmt worden ist. Mag unserretwegert die Behörde ein paar erstklassige Krupp'sche Kanonen zum „hinreichenden“ Schutz der Arbeitswilligen aufahren lassen, uns ringt dies nur ein Lächeln ab. Jedoch als Arbeiter und Staatsbürger müssen wir ganz entschieden Protest dagegen erheben, daß die Behörde sich nicht nur als Schutzgeist der Streikbrecher, sondern als Vermittlungsinstitut für Streikbrecher produzieren will.

Am 4. 12. 08 erschien bei den streikenden Kollegen ein Arbeiter, der eine amtliche Vorladung seitens des Bürgermeisters von Lindlar vorzeigte und erklärte, der Bürgermeister habe ihn u. a. gesagt: „Fangen Sie doch am Montag bei der Firma Klein an, es werden ganz bestimmt am Montag noch sechs weitere Arbeiter anfangen, für genügenden Schutz werde ich sorgen. Gehen Sie zum Wachmeister und sagen Sie ihm, Sie fingen Montag an.“ Doch auch ein Bürgermeister ist nicht allmächtig. Der betreffende Kollege hatte Standes- und Solidaritätsgefühl genug, um nicht anzufangen. Alsdann besuchte der Mann, welches einzig in der Geschichte stehen dürfte und das Zeugnis ablegt von der Auffassung sozialer Aufgaben der Gemeinden bei gewissen Zeiten. Mehrere auf dem Wege der Gemeinde Lindlar beschäftigten Arbeiter wurde gefordert. Auf Veranlassung des Gemeindevorstandes sollten dieselben jedoch noch einige Zeit in Arbeit gehalten werden. Zwei derselben waren früher einmal als Ketten-

arbeiter tätig gewesen und diesen wurde seitens des Gemeindeführers erklärt, sie müßten aufhören, sie könnten bei der Firma Klein genügend Arbeit haben, er dürfe sie nicht in Arbeit behalten. Am 18. Dezember erklärte uns einer dieser Arbeiter unter Zeugen und nach allen Ermahnungen, nur Tatsachen zu berichten, folgendes:

Am 16. Dezember war ich beim Herrn Bürgermeister, um zu hören, wie das wäre, daß ich aufhören müßte. Der Bürgermeister sagte mir: „Sie können bei Firma Klein anfangen.“ Ich sagte darauf: „Das kann ich nicht wegen dem Verband, ich kann den Leuten nicht in den Rücken fallen, denn der Verband ist denen ihr Brotkrumen.“ Der Bürgermeister sagte: „Was geht Sie der Verband an, die Frau Klein ist bei mir gewesen und hat mich gefragt, ob ich die Leute aufhören könnte, da habe ich gesagt, die können jetzt schon aufhören, wenn sie wollen, und da habe ich Frau Klein dies mitgeteilt.“

Wir trauten unseren Ohren kaum, zumal derselbe Bürgermeister früher Versuche gemacht hatte, die Firma zu Verhandlungen zu bewegen und insulgebessenen von einzelnen Leuten als arbeiterfreundlich bezeichnet wurde. Um vollständige Klarheit zu erlangen, begab ich unser Verbandsvorsitzender zum Bürgermeisteramt. Hier erfuhr er aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters im wesentlichen die Beantwortung der Aussagen der Arbeiter.

Wir fragen: Wie kann eine Behörde ihre Macht dazu benutzen, die Arbeiter zu Maßnahmen zu verleiten zu wollen, die nach Ansicht aller ehelich denkenden Arbeiter als das größte Unrecht gelten? Wer gibt der Behörde das Recht, ihre Macht einseitig zu Gunsten des Unternehmers auszunutzen? Werden nicht auch die Arbeiter herangezogen, um den Steuerfußel zu füllen?

Selbstfalls müssen wir mit allem Nachdruck verlangen, daß gleiches Recht für alle gilt und die Behörde eine unparteiliche Haltung einnimmt. Macht mit Unrecht büßen wollen die Arbeiter von der Gemeindevertretung erwarten, daß diese darauf hinarbeitet, daß heranzugehene Beeinflussungen der Arbeiter der Gemeinde unterbleiben. Unseren Kollegen jedoch rufen wir zu: Aufgehört! Die Gerechtigkeit wird sich Bahn brechen! Unsere Kollegen im bergischen und allerwärts sollen aus diesen und allen Vorgängen lernen, daß nur eine selbstbewußte opferwillige Arbeiterschaft den Arbeiterstand zu einem gleichberechtigten Mitglied in der menschlichen Gesellschaft bringen kann.

R. Sch.

Der Kampf im Mannheimer Industriegebiet

hat mit der Aufhebung des Streiks in den Strebelwerken durch den Vorstand des sozialdemokratischen Metallarbeiterverband sein Ende gefunden. Die dialektischen Streitenden haben sich daraufhin fügen müssen. Der Metallindustriellen-Verband hat die schon erfolgten Kündigungen zurückgezogen und, wie die Tageszeitungen melden, erfolgt die Wiederaufnahme der Arbeit in den Strebelwerken gemäß den getroffenen Vereinbarungen in geregelter Weise. Damit ist der bevorstehende schwere Kampf vermieden und die Arbeiterschaft wieder um eine wenig angenehme Erfahrung reicher geworden.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugriff fort.

Klubler Bez. Köln. Die Arbeiter der Fellenfabrik Wwe. R. Klein stehen im Streit infolge von Abfordrungen von 10—15%.

Rheidt. Bei der Firma Froese, Werkzeugmaschinenfabrik, ist infolge von Lohnabzügen ein Streit ausgebrochen.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Januar 1909 der zweite Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 16. Januar fällig.

Eine Frage an alle Ortsgruppenvorstände.

Sind die Arbeitslosenlisten für das IV. Quartal 1908 pünktlich abgeantwortet worden? Wenn nicht, haben sich die Säumigen eine grobe Pflichtvernachlässigung zu schulden kommen lassen. In diesem Falle ist das Verzeichnis so fort beim Lesen dieser Zeilen nachzuholen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit unter sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Zeitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitnehmern sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zahlstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seilensstraße 19 zu adressieren

Aus dem Verbandsgebiet.

Oppeln. Der „Arbeiter“ (St. Berlin) berichtet in der Nr. 51 vom 20. Dezember 1908 über eine vom christl. Metallarbeiterverband in Oppeln einberufene Versammlung. Seit Jahren sind wir es von dieser Seite gewohnt, absäktig beurteilt zu werden; unsere Erfolge und Leistungen werden verkleinert, die Mitglieder und Führer verächtlich und herabgesetzt. Diese langjährige Praxis scheint den Berlinern derzeit in Fleisch und Blut übergegangen zu sein, daß sie heute nicht mehr die Fähigkeit haben, einen objektiven Bericht zu schreiben. Wir haben über diese Versammlung deshalb noch nicht berichtet, weil wir den Berliner Sekretären neue Vorfstellungen ersparen wollten, denn die obige Versammlung hat wiederum den Beweis erbracht, daß die Vertreter des „Berliner“ Programms sich in einer lächerlichen Unkenntnis der wirtschaftlichen Fragen befinden und dazu noch nicht wissen, wie sie sich in einer Versammlung zu benehmen haben. Weil der Bericht des „Arbeiter“ alle für ihn ungünstigen Vorfälle verschweigt und somit gezeichnet ist, über uns eine falsche Meinung aufkommen zu lassen, so wollen wir hiermit eine Klarstellung der tatsächlichen Vorgänge folgen lassen.

Es ist vollständig unklar, daß unserer Einladung nur 6 Arbeiter, von denen 5 evangelischer Konfession waren, gefolgt sind. Tatsache ist, daß von den 50 Versammlungsteilnehmern mindestens ein Drittel christlich organisiert war. Die Behauptung, wir hätten nur bei den evangelischen Arbeitern Anhang, ist unrichtig, und der Notstand der Arbeiter, uns bei der kath. Arbeiterschaft als Protestantengegner anzuschwärzen, wird seine Wirkung versagen. Die Anwesenheit des Referenten, als wäre dieser ein Jüngling von 19 Jahren, ist ebenso unklar als Kleinlich und zeigt davon, daß die „Berliner“ einen Kampf jählich gemacht führen können. Wenn nach Ansicht des „Arbeiter“ die Lage der Metallarbeiter „recht ungenügend“ geschildert wurde, so hatten es doch die „Berliner“ Sekretäre in der Hand, die Ausführungen des Referenten zu ergänzen.

Der erste Diskussionsredner, Arbeitersekretär Behrendt (St. Berlin), renommierte wohl damit, daß er über die Verhältnisse der Oppelner Arbeiter genau informiert sei, war aber nicht in der Lage, auch nur einen neuen Gedanken über die Lage der Arbeiter in die Debatte zu werfen. Schließlich beschimpfte er uns als Arbeiterzerstörer, pöbelte den Referenten in persönlicher und gehässiger Weise an und seine „Diskussionsrede“ war damit beendet. Das nennen die Berliner „den Jüngling gehörig in die Schranken gewiesen“.

Es muß an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Referent in seinem Vortrage weder dem Verbande (St. Berlin) oder dessen Angestellten in irgend einer Beziehung zu nahe getreten ist oder diese gar beschimpft, wie der „Arbeiter“ fälschlicherweise berichtet. Er hat vielmehr an den Ansprüchen verschiedener „Berliner“ Führer die „Klarheit“ ihres Programms nachgewiesen und jomit keinen Anlaß zu Ausfällen gegeben, wohl aber eine Grundlage geschaffen, auf der die Aussprache erfolgen konnte. Als zweiter Diskussionsredner sprach der Arbeitersekretär Knappil (St. Berlin). Dieser soll in sachlicher Form und sich streng an das Referat haltend, die Ausführungen des Referenten widerlegt haben. Da die Ausführungen dieses Herrn sehr interessant sind, so wollen wir sie der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Er führte u. a. aus: „Da, wo die Streikgewerkschaften sind, finden wir die schlechtesten Verhältnisse. Wo der christliche Metallarbeiterverband die meisten Mitglieder hat, sind die schlechtesten Verhältnisse, z. B. Krupp-Essen. Die Misfaktur ist aus Westdeutschland nach Oberschlesien gekommen. Im Westen werden die Arbeiter schlechter behandelt wie in Oberschlesien. Auch ist die Krise nur im Westen und in England, wo doch die Arbeiter nur in Streikverbänden organisiert sind. Neutral ist der Teufel. An den vielen Mischungen sind die christlichen Gewerkschaften auch schuld. Die Grundzüge des Christentums sind den christl. Gewerkschaften nicht maßgebend. Die christl. Gewerkschaften agieren gegen den Willen der Geistlichen in Oberschlesien. Wenn die Löhne steigen, werden auch die Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw., erhöht. Wenn die Regierung keine Schiedsgerichte einführen will und durch die öffentliche Meinung alle zu wenig erreicht wird, so sind daran die christlichen Gewerkschaften schuld, weil sie kein Material sammeln. Die Evangelischen sind in den christlichen Gewerkschaften der Hahn im Korbe.“ — So die Weisheit Knappils.

Gegen solche konfuse Ausführungen, die mit dem Referat in fast gar keinem Zusammenhang standen und den Stempel der Unrichtigkeit an der Stirn trugen, sollte nun unsererseits polemisiert werden. In dem nun folgenden Schlusssatz des Referent den Berlinern arg zu. Er hielt ihnen entgegen, daß sie auf das Referat überhaupt nicht eingegangen sind, jedenfalls aus dem Grunde, weil seine Ausführungen überhaupt nicht zu widerlegen sind. Bis dahin konnte die Ruhe im Saale nur mit Mühe aufrecht erhalten werden. Nicht etwa, als ob die Masse der Gegner sich unruhig verhalten hätte, nein, kein anderer als der Arbeitersekretär Behrendt (St. Berlin) suchte durch Dazwischenreden und rufen die Versammlung zu stören. Schon während dem Referat drückte dieser Herr mindestens ein Duzendmal zur Ruhe gemahnt werden. Auch als der Arbeitersekretär Knappil (St. Berlin) sprach, mußte dieser den Herrn Behrendt dringend bitten, ihn (Knappil) doch nicht immerfort dazwischen zu reden. Unsere Kollegen meinten deshalb, daß Herr Behrendt von einer eigenartigen Krankheit befallen ist, die ihn gegen seinen Willen zwingt, durch unparlamentarisches Verhalten die Versammlung zu stören. Dann sollte man ihn doch nicht in eine öffentliche Versammlung schicken. Oder ist er mit dem bestimmten Vorsatz in die Versammlung gegangen, um sie zu stören?

Wie man der Referent die Ausführungen der „Berliner“

„Berliner“ Diskussionsredner richtig zu stellen begann und ihnen ihr trauriges Verhalten bei Arbeitskämpfen, u. a. bei der Bauarbeiterbewegung in Oppeln, nachsah, sprach der Herr Behrendt wie ein angelegener Eber auf, schrie dazwischen und forderte seine Gatreuen auf, den Saal zu verlassen. Es entstand ein großer Tumult; die Berliner wollten den Saal nicht verlassen, und da die Unruhe zu groß war, konnte die Versammlung nicht fortgeführt werden.

Es wäre schade um den Raum, wenn wir an dieser Stelle die Ausführungen der Berliner Sekretäre auf ihre Mächtigkeit hin hin prüfen würden, oder ihnen eine Moralpredigt bezüglich ihres Verhaltens in dieser Versammlung halten würden; denn je beschränkter diese Leute sind und je fleghafter sie sich benehmen, desto geringschätzbarer werden sie angesehen werden, und dieses kann unserer Bewegung nur dienlich sein.

Eins wollen wir jedoch hervorheben, weil es uns ein Urteil über die volkswirtschaftlichen Kenntnisse des Herrn Knappil ermöglicht und wir Schlüsse daraus ziehen können bezüglich der Qualität der übrigen Berliner Sekretäre. Herr Knappil meint, daß mit der Erhöhung der Löhne eine Steigerung der Lebensmittelpreise usw. verbunden ist. Würde das zutreffen, so müßte mit der Reduzierung der Löhne eine Verminderung der Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw. verbunden sein. Nun sehen wir aber daß trotzdem durch die wirtschaftliche Krise vielfach die Löhne reduziert werden, sich aber nirgends ein Fall der Lebensmittelpreise usw. bemerkbar gemacht hat. Wäre die Ansicht des Herrn Knappil richtig, so müßten die Preise der Lebensmittel in Städten und Gegenden mit hohen Löhnen höher sein, wie in Gegenden mit niedrigen Löhnen. Abgesehen von den Wohnungsmieten, wo andere Umstände, wie Wobenspekulation usw., in Betracht kommen, sind die Lebensmittelpreise unabhängig von der Lohnhöhe, das lehren uns die Marktberichte der verschiedenen Gegenden Deutschlands. Wenn durch die Erhöhung der Löhne eine Steigerung der Lebensmittelpreise erfolgen sollte, so würden diese höheren Preise von den Arbeitern nicht allein, sondern von den anderen Ständen mitgetragen werden und diese Steigerung auf alle Schultern gleichmäßig verteilt werden. In den meisten Fällen ist aber die Erhöhung der Lebensmittelpreise auf schlechte Ernten, Zusammenschluß der Produzenten, unter Umständen auf Hölle oder auf stärkere Nachfrage und nicht auf die Erhöhung der Löhne zurückzuführen.

Wenn Herr Knappil und mit ihm der „Berliner“ Verband wirklich der Ansicht sind, daß mit der Erhöhung der Löhne auch die Lebensmittelpreise steigen und die Arbeiterschaft von einer Lohnherhöhung keine Vorteile hat, warum rufen denn diese Herren an die Unternehmer Bitterschriften zwecks Erhöhung der Löhne? Würde es denn da nicht besser sein, wenn die „Berliner“ für eine allgemeine Herabsetzung der Löhne eintreten würden und wie dann den Vorteil hätten, für weniger Geld dieselbe Ware zu erhalten? Das somit übrig werdende Geld könnte für neue Unternehmungen verwendet werden, die Zinsen würden nicht so hoch sein und der Staat würde vor einer Geldkrise geschützt sein!

Daraus sehen wir, daß diese Berliner Theorie mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch steht. Solche Wahrheiten wollen diese Herren jedoch nicht hören und strengen lieber unsere Versammlungen und beschimpfen und verächtlich uns vordreien. Unsere Kollegen werden den „Berlinern“ für ihre Theorien und ihr Verhalten die rechte Antwort geben. Das ist nämlich unausgesetzte Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

R. P.

D. Großenbaum. Die Arbeiter der Hahnischen Werke haben neben sonstigen Unständen besonders über den Lohnzahlungsmodus zu klagen. Zweimal im Monat wird ausbezahlt, darunter ist jeweils eine Abschlagszahlung. Für die Arbeiterfamilien ist das im Interesse eines geordneten Haushalts eine viel zu lange Frist. Kann denn das Werk in Großenbaum nicht wie die alte Abteilung der Hahnischen Werke in Düsseldorf jede Woche Donnerstags ausbezahlen? Das wäre entschieden sozialer gehandelt, trotz Weihnachtsbegünstigungen usw.

Leider fiel bei der Auszahlung am 24. Dez. ein unangenehmer Zwischenfall vor. Kategorisch wurde den auf Nachtschicht sich befindenden Puddlern und sonstigen Arbeitern verkündet: „Morgen um 2 Uhr könnt Ihr das Geld abholen.“ Also morgens war es den Herren zu früh zum Auszahlen. Da ließ man dann die Arbeiter erst nach Hause gehen, um sie für den Nachmittag extra zur Auszahlung antreten zu lassen. Es wurde nämlich bei dem Bescheid dazu gesagt: „Wer zu spät kommt, erhält nichts.“ Um 2 Uhr warteten nun die Arbeiter und sie warteten immer wieder bis 2 1/2 Uhr, bis ungefähr 1/3 Uhr und dann endlich erhalten sie glücklich ihren sauer verdienten Lohn. Daß da Erregung und Erbitterung die Arbeiter ergreift, läßt sich erklären. — Hierbei sei übrigens bemerkt, daß bei den Arbeitern die Ansicht vorherrscht, daß die Direktion mit derartigen Manipulationen ihrer Angestellten nicht einverstanden sein könne.

Nicht viel besser erging es zu gleicher Zeit den Arbeitern der Abteilung Nöhrenwert, welche ebenfalls ausbezahlt werden. Hier wurde die Nachtschicht am 23. abends ausbezahlt. Nun erwartete die Nachtschicht nichts anderes, als daß man sie auch morgens ausbezahlt. Aber: „Bist du dich Gott, es war zu schön gewesen.“ In diesem Falle konnte der Herr, welcher in dieser Abteilung ausbezahlt hat, nicht ausbezahlen, weil er nicht die Kasse hat. Doch seiner Bemühungen konnte er den Schlüssel zur Kasse nicht erhalten, weil — der Herr Kassierer noch schlief. Die Arbeiter, welche nun die Feierliche über bereisen wollten, hatten diesmal den Zug verpaßt. Zudem sei einmal die Frage aufgeworfen, ob man so mit der Zeit des Arbeitens spielen darf? Kommt der Arbeiter 6,06 Uhr zur Schicht, so stempelt die Uhr rot (bei 6,05 noch nicht) und eine halbe Stunde ist weniger verdient für die laufende Schicht. Viele Arbeiter haben auch einen weiten Weg, eine Stunde und mehr (Sintorf, Mündelheim, Wanheimerort) — zur Arbeitsstelle. Da ist es also kein großes Vergnügen, eine, zwei Stunden für nichts und wieder nichts zu verlaufen. Hygienisch ist es auch nicht von Vorteil für die Gesundheit des Arbeiters, dem von Nachtschicht kommenden Arbeiter den besten Schlaf zu rauben. Wenn da Pünktlichkeit von den Herren geübt würde, dann könnten sie auch Bänke

lichteit von den Arbeitern beanspruchen. Aber auch nur erst dann. Den Arbeitern aber muß man einbringlich die Mahnung zurufen: Schließt euch dem christlichen Metall-

Quisburg. Am Schlusse des Jahres ist es angebracht, und jeder denkende Gewerkschafter tut es, Blick zu werfen und sich zu fragen: Habe ich im Laufe des verfloßenen Jahres meine Pflicht getan als Mitglied des Verbandes? Und da wird mancher an seine Brust klopfen können. Zunächst hat mancher in Punkte Beitragszahlen seine Pflicht vernachlässigt und dadurch dem Vertrauensmann und Kassierer viel unnütze Arbeit gemacht. Er hat sich aber oft selbst schwer dadurch geschädigt, weil er nachher nicht mehr in der Lage war, die aufgelaufenen Beiträge zu zahlen und dadurch dem Verbands verloren ging.

Der Hauptpunkt aber, worin sicher viele im Laufe des verfloßenen Jahres schwer gefehlt haben, ist der Versammlungsbesuch. Fast allgemein waren im letzten Jahr die Klagen über schlechten Versammlungsbesuch. Es scheint fast, daß viele Kollegen der Ansicht sind, für sie habe die Schulung keinen Zweck, denn nur derjenige, welcher regelmäßig die Versammlung besucht, weiß Bescheid, wie sich das wirtschaftliche Leben heute abspielt. Es würde auch ausgeschlossen sein, daß man unseren Arbeitern heute die Krise so schwer fühlen läßt, als wie es geschieht. Wenn unsere Arbeiter durch regen Versammlungsbesuch geschult wären, dann wären sie in der Lage, den unorganisierten Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und es so möglich zu machen, daß die vielen Lohnabhängigen, die heute namentlich in der Großindustrie trotz der hohen Dividenden der letzten Jahre gemacht werden, abgewehrt würden. Bei einer organisierten geschulten Arbeiterschaft wäre es nämlich möglich, sich diese so behandeln ließ, wie es tatsächlich geschieht.

Soll es also in diesem Punkte anders, soll dem Arbeiter der ihm gebührende Anteil an den Errungenschaften der Kultur zuteil werden, dann ist die erste Bedingung, daß unsere Kollegen sich schulen, und das können sie nur durch regen Versammlungsbesuch und Teilnahme an Unterrichtskursen. Jeder Kollege, der es ernst mit sich und seiner Familie meint, muß deshalb an der Jahreswende den festen Vorsatz fassen, im neuen Jahre fehlerlos ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung. Wenn jeder Kollege im neuen Jahre diesen Vorsatz treu durchführt, dann wird es bei aufsteigender Konjunktur auch möglich sein, dem Kapitalismus was wieder auszuwaschen, was er jetzt dem Arbeiter willkürlich abzieht. Deshalb, Kollegen, mit neuem Mut ins neue Jahr, seien wir ganze Männer, erfüllen wir unsere Pflicht als Gewerkschaftler und die nächste Jahreswende wird uns freudiger gestimmt finden als die letzte. J. W.

Wingst. Wir müssen auch noch einmal unser Organ in Anspruch nehmen, um den übrigen Verbandskollegen zu zeigen, daß auch in Wingst noch gewerkschaftliches Leben vorhanden ist. Gewiß haben wir christliche Gewerkschaftler hier am Ort mit besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber dennoch lassen wir den Mut nicht sinken. Um unseren allgemeinen Bestrebungen besser zu dienen, haben wir uns in letzter Zeit besonders mit der Agitation unter den Frauen und Arbeiterinnen befaßt, getreu dem Grundsatze, wer die Frauenvwelt für sich hat, der hat schon halb gewonnen.

Nun haben wir hier, was manchem erstaunlich vorkommen wird, eine verhältnismäßig große Zahl von Heimarbeitern. Durch ausgegebene Fragebogen haben wir deren Verhältnisse zu ermitteln gesucht und die Arbeiterinnen dann zu einer Versammlung unseres Verbandes eingeladen, in der Frau Miehlich-Düffeldorf einen Vortrag über die Aufgaben und Ziele der christlichen Gewerkschaften gehalten hat. Der Erfolg der Versammlung war, daß sich sämtliche anwesende Kolleginnen dem Gewerkschaft der Heimarbeitern angeschlossen und daß die junge Ortsgruppe mit 30 Mitgliedern ins neue Jahr eintritt.

Wenn dies nun auch kein direkter Erfolg für unsern christlichen Metallarbeiterverband ist, so haben wir doch unserer Gesamtbewegung einen guten Dienst geleistet und indirekt auch die Agitation für uns günstig vorbereitet. Denn manche Mitglied hoffen wir unter Mithilfe der organisierten Arbeiterinnen jetzt auch für uns zu gewinnen. Jetzt heißt es aber auch für alle Kollegen, mit froher Zueversicht und frischer Kraft im neuen Jahre an die Arbeit gehen. Jeder einzelne muß in der Agitation wie überall seinen Mann stellen, dann werden wir am Schlusse dieses Jahres von einem erfreulichen Fortschritt berichten können.

Lothringen. Einen schmachvollen Vereinsfall erlitt der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf der Rombacher Hütte. Im Laufe des letzten Jahres erfolgten auf den Berg- und Hüttenwerken der Rombacher Hütte für Beamte und Arbeiter enorme Lohn- und Gehaltsreduzierungen. Da die hiesigen Arbeitgeber gut organisiert, dahingegen die Hüttenarbeiter zu 95 Prozent unorganisiert sind, war an einen erfolgreichen Abwehrkampf nicht zu denken. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband benutzte aber die begreifliche und berechtigte Erregung unter den Arbeitern zu einer fruchtbringlichen Hege. Öffentliche und Betriebsversammlungen mit der Tagesordnung: „Was tun wir gegen die Lohnreduzierungen?“ fanden täglich statt. Kommissionen wurden gewählt, die vorstellig wurden, um die Verwaltung zu ersuchen, die angeforderten und auch schon vollzogenen Lohnreduzierungen rückgängig zu machen. Als dieses aber erfolglos war, veranlaßte man die Arbeiter eines Betriebes, die Kündigung einzureichen, was auch geschah. Aber schon nach einigen Tagen bliesen die großen Streikwagen zum Rückzug, um die Belegung kläglich zu verlaufen zu lassen. Die armen Hüttenarbeiter sind um eine traurige Erfahrung reicher.

Dem sozialdemokratischen Verband war es nicht darum zu tun, um für die Arbeiterschaft etwas zu erreichen, denn sonst hätte er, wo noch andere Organisationen mindestens in gleicher Stärke in Betracht kommen, sich vor allen Dingen mit denen in Verbindung gesetzt, um ein einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, was auch bei der Verwal-

tung einen andern Eindruck gemacht hätte; denn ein sozialdemokratischer Verband allein jagt in Lothringen keinen Unternehmern einen Schrecken ein, im Gegenteil, man hält dieselben zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften für sehr nützlich. Das muß hier offen ausgesprochen werden: ein Verband, der in Lothringen bei Lohnreduzierungen, die evtl. einen Streik zur Folge haben könnten, allein vorgeht, wenn andere Verbände in der gleichen Stärke vorhanden sind, betreibt nur Mitglieberschutz, während ihm die Arbeiterinteressen schnuppe sind. Soll bei einer aufsteigenden Konjunktur versucht werden, die erfolgten Lohnreduzierungen wieder rückgängig zu machen, müssen sich erst sämtliche hier in Frage kommenden Verbände bezw. die Führer derselben untereinander verständigen und dann die Bewegung gemeinsam einleiten. Das möge man sich im sozialdemokratischen Lager merken. Man betreibt in Lothringen nicht ungestraft Arbeiterverrat und ohne die christlichen Gewerkschaften ist mit Erfolg nun einmal nichts zu machen. Sie lassen sich auch in Lothringen weder an die Wand drücken oder ins Schlepptau nehmen, sondern wollen in energischer und aufrichtiger Weise die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen und halten die Einigkeit überall hoch, wie sie im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist.

Dortmund. „Die christlichen Verleumder am Pranger“, so berichtete die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ in der Nr. 129 und die „Metallarbeiterzeitung“ in Nr. 25. Es handelte sich damals um die Verurteilung des früheren Vorsitzenden Gaiskowski vom christl. Metallarbeiterverband, Zahlstelle Dortmund. Herr Kronshage, Geschäftsführer des soz. Metallarbeiterverbandes zu Dortmund, hatte die Freude, hier am 2. Juni v. J. die Verurteilung eines christl. Gewerkschaftlers herbeigeführt zu haben. Doch schon gleich nach der ersten Verhandlung konnte Gaiskowski dem Herrn Kronshage übermitteln, daß sich die Berufungsinstanz noch mit dieser Sache befassen werde. Am 2. Juni wurde Gaiskowski wegen Verletzung des Herrn Kronshage verurteilt, weil Gaiskowski behauptet hatte, Kronshage habe die Arbeiter der Firma Quittmann zu Dänien im Herbst 1907 in den Streik geholt, bezüglichen die Streikbrecher zu einer öffentlichen Versammlung am 16. November 1907 eingeladen.

In der am 18. September stattgefundenen Verhandlung vor der Strafkammer gelang es dem Angeklagten Gaiskowski, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Das Urteil vom 2. Juni wurde aufgehoben: Gaiskowski freigesprochen und der Privatkläger Kronshage zur Ertragung der nicht unerheblichen Kosten verurteilt. Der Tatbestand ist folgender:

Am 7. Oktober 1907 warnte der Angeklagte Gaiskowski die Arbeiter der Firma Quittmann vor einem Streik und schlug den beteiligten Arbeitern dieser Firma vor, eine Kommission zur Firma zu entsenden, welche durch Verhandlung die bestehenden Differenzen in Güte schlichten könne. Hiergegen wehrte sich der Privatkläger Herr Kronshage indem er folgende Niederwendung gebrauchte: „Anzere (sozialdemokratischen) Kollegen werden in den Streik treten, selbst auf die Gefahr hin, daß wir nie wieder in diese Hude hineinkommen!“ Durch die neuerliche Gerichtsverhandlung mußte sich Herr Kronshage heftigstigen lassen, daß dieses ein Einreitreiben in den Streik bedeute. Ob Herr Kronshage es jetzt glauben wird, daß er es war, der die Arbeiter damals in den Streik geholt hat? Selbst Herr Quittmann sagte unter Eid aus, daß er mit der Kommission verhandelt habe und demnach glaubte, daß die Differenzen beigelegt seien. Herr Quittmann hat in dessen die Rechnung ohne den Wurf gemacht, Herr Kronshage gemacht, denn daß nach solchen Äußerungen die Erregung bei den Arbeitern noch schärfer zum Ausbruch kommt, wird auch nun wohl von jener Seite zugegeben werden müssen.

So arbeiten freie Gewerkschaftsführer! Wollte Herr Kronshage hier vielleicht ein zweites Solingen statuieren? Die Wahrheitsliebe des Herrn Kronshage hat bei der ganzen Affäre einen schweren Stoß erlitten. In der Nr. 25 der „Metallarbeiter-Zeitung“ brachte er folgende Mitteilung: „Der Geschäftsführer des christl. Metallarbeiterverbandes habe mehrere durchsichtige Namen anstrahiert.“ Diese Behauptung wurde heute von Herrn Quittmann dahin widerlegt, daß in der eingereichten Liste der Arbeiter, welche die Kündigung forderten, zwar verschiedene Namen gestrichen, aber nicht die Striche anstrahiert worden seien. Wird Herr Kronshage diese Unwahrheit auch in der „Metallarbeiter-Zeitung“ widerrufen? Wenn eine Kommission sich mit dem Zugeständnisse eines Fabrikanten einverstanden erklärt und durch einen Arbeiterführer zu anderen Maßnahmen veranlaßt wird, dann liegt die Schuld in diesem Falle nur an Herrn Kronshage. Die christlichen Gewerkschaften und alle Arbeiter wollen daraus die Lehre ziehen, daß nicht diejenigen die wahren Arbeitervertreter sind, die hegen, sondern diejenigen die Interessen der Arbeiterschaft am besten vertreten, die ruhig und objektiv zu urteilen wissen.

Dortmund - Lüdinghausen. Im Juli vorigen Jahres hat am hiesigen Orte die christliche Gewerkschaftsbewegung zum Ärger der hiesigen kleinen Scharfmacher eingeleitet. Unser Metallarbeiterverband hatte mit den größten Widerständen, besonders seitens der Baubeschlagfabrik Schulte zu kämpfen. Diese machte schon bei der Gründungsversammlung in der Fabrik den Vorschlag, wer zur Versammlung ginge, dem würde sofort gekündigt. Da sich der größte Teil der Arbeiter trotzdem organisierte, blieb es bei der Drohung. Einige Monate darauf aber glaubte Schulte die richtige Taktik gefunden zu haben: Teil unserer Kollegen wurde wegen ihrer Organisationszugehörigkeit gekündigt, ein anderer Teil erklärte sich solidarisch. Die dem sozialdemokratischen (freien) Metallarbeiterverband angehörenden Mitglieder wurden aber verschont und belobt. Dieses Mittel wirkte. Am letzten Tag vor Ablauf ihrer Kündigung wurde den Freien von ihrer Organisationszugehörigkeit, daß sie keine Unterstützung erhielten, wodurch dieselben zu Streikbrecherblenden gezwungen wurden. Der rote Verband glaubte dadurch in Verbindung mit dem Unternehmer den christl. Metallarbeiterverband zu bezwingen. Jedoch wurde damit das Gegen-

teil erreicht. Die Metallarbeiter von Lüdinghausen schlossen sich fast vollständig unserem Verbands an.

Durch eine in letzter Zeit erfolglos verlaufene Bewegung auf einer hiesigen Sägemühle scheint aber ein gewisse Unsicherheit in die Reihen der Kollegen zu kommen. Hierzu liegt aber durchaus keine Veranlassung vor. Die Metallarbeiter, besonders die der Firma Kramer u. Köhne, sind gelernte Kräfte, die einen bedeutenden Einfluß sich verschaffen können. Allein die Tatsache, daß in Lüdinghausen seit Einführung der Organisation kein Lohn- und Akkordabzug mehr erfolgt ist, kann den Kollegen als Beweis dienen, daß das Vorhandensein einer starken Organisation allein schon von großem Nutzen ist. Es ist nun, diese Organisation stark und mächtig zu erhalten und die Einigkeit unter den Kollegen zu fördern. Wir haben jetzt ein neues Jahr vor uns und wir wissen nicht, was es uns bringen wird. Hüften wir uns vor Nebenbaurungen! Unser stetiges Bestreben muß sein, unsere Lage zu heben und das Mittel dazu ist die Organisation. Vor allen Dingen ist es Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, die Versammlungen zu besuchen. Wir erwarten darum, daß sich alle Kollegen am Samstag, den 10. Januar, zu unserer Mitgliederversammlung, der ersten in diesem Jahr, einfinden. Infolge örtlicher Verhältnisse müssen alle Kollegen erscheinen.

Sozial.

Der Fleischverbrauch Deutschlands.

Ist im Jahre 1907, trotz der schon damals eintretenden Ungunst der wirtschaftlichen Lage, abermals gestiegen und hat eine Höhe erreicht, wie nie zuvor! Das geht aus den Veröffentlichungen des Kaiserl. Gesundheitsamtes über die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbestände im Deutschen Reich für das Jahr 1907 hervor. (Diese Veröffentlichungen erfolgen immer noch mit erheblicher Verspätung, obwohl eine gewisse Beschleunigung gegenüber früheren Jahren noch unverkennbar ist. Erfolgreich sie doch in Preußen immer schon spätestens im August für das vorhergehende Jahr; in der nächsten Zeit müßte man doch auch mit den Zusammenstellungen für die übrigen Bundesstaaten fertig werden. Solche Aufstellungen haben natürlich um so weniger praktischen Wert, je später sie erscheinen. Auch der hier in Rede stehende Bericht für das Jahr 1907 ist nur ein vorläufiger, der endgiltige liegt noch nicht einmal für das Jahr 1906 vor.) Nach dem letzten veröffentlichten vorläufigen Bericht wurden im Jahre 1907 in Deutschland geschlachtet: 136 273 Pferde (oder 11 161 weniger als im Jahre 1906), 575 449 Ochsen (oder 38 172 weniger), 428 494 Bullen (oder 10 187 weniger), 1 599 793 Kühe (oder 31 262 weniger), 988 710 Jungriinder (oder 12 298 mehr), 4 371 879 Kälber (oder 164 031 mehr), 16 397 934 Schweine (oder 303 285 mehr), 2 185 923 Schafe (oder 111 287 weniger), 494 698 Ziegen (oder 43 151 mehr).

Die Zahl der geschlachteten Pferde, Rinder und Schafe war also erheblich kleiner als im Jahre 1906; demüßigend aber die gesamte Fleischgewinnung doch höher als im Jahre 1906, weil die Schlachtungen von Kälbern, Ziegen und besonders von Schweinen stark zugenommen haben. Legt man nämlich die jetzt vom Kaiserl. Gesundheitsamte auf Grund eingehender Erhebungen in den verschiedensten Teilen des Deutschen Reichs gewonnenen Durchschnittsgewichte für das Schlachtgewicht der geschlachteten Tiere einer Umrangung zugrunde, so erhält man folgende Mengen Fleisch: 32 024 165 Kilo Pferdefleisch (oder 2 620 495 Kilo weniger als im Jahre 1906), 880 342 092 Kilo Rindfleisch (oder 20 951 768 Kilo weniger), 174 856 169 Kilo Kalbfleisch (oder 6 161 240 Kilo mehr), 1 393 824 390 Kilo Schweinefleisch (oder 257 792 420 Kilo mehr), 48 090 372 Kilo Schafffleisch (oder 2 449 314 Kilo weniger), 7 915 169 Kilo Ziegenfleisch (oder 22 416 Kilo mehr).

Die gänzliche Verwerfung geschlachteter Tiere hat im Jahre 1907 bei Pferden, Rindvieh und Schafen zugenommen, obwohl die Schlachtungen abnahmen: bei Kälbern war sie weniger umfangreich. Erhebliche Vermehrung der Veranfangungen ist natürlich bei Schweinen festzustellen, deren Schlachtungen ja starke Zunahme erfuhr. Diese Verwerfungen betragen bei Pferdefleisch 450 240 Kilo (oder 19 487 Kilo mehr als im Jahre 1906), bei Rindfleisch 8 204 610 Kilo (oder 92 714 Kilo mehr), bei Kalbfleisch 541 008 Kilo (oder 3535 Kilo weniger), bei Schweinefleisch 1 732 727 Kilo (oder 107 845 Kilo mehr), bei Schafffleisch 58 440 Kilo (oder 1077 Kilo mehr), bei Ziegenfleisch 19 604 Kilo (oder 567 Kilo mehr). In der Tat waren also im Jahre 1907 folgende Fleischmengen verfügbar: 31 573 915 Kilo Pferdefleisch (oder 2 639 972 Kilo weniger als im Jahre 1906), 872 138 082 Kilo Rindfleisch (oder 21 054 382 Kilo weniger als 1906), 174 314 154 Kilo Kalbfleisch (oder 6 164 775 Kilo mehr), 1 392 091 663 Kilo Schweinefleisch (oder 257 684 575 Kilo mehr), 48 033 932 Kilo Schafffleisch (oder 2 449 391 weniger), 7 895 664 Kilo Ziegenfleisch (oder 721 749 Kilo weniger); zusammen also 2 526 047 310 Kilo Fleisch (oder 238 427 454 Kilo mehr als im Jahre 1906). Also ohne Hauschlachtungen und ohne den Uberschuß der Einfuhr von Fleisch und Fett standen im Jahre 1907 auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs rund 40,74 Kilo Fleisch zur Verfügung, oder ein Kilo mehr als im Jahre 1904, für das bisher die reichlichste Versorgung mit Fleisch festzustellen gewesen war. (Der Westdeutsche Landwirt, Landwirtschaftliche Beilage zur Köln Volkszeitung.)

Das erste Jahr staatlicher Arbeitslosenunterstützung in Dänemark.

In Dänemark wurde im Jahre 1907 ein Gesetz angenommen, daß eine Beihilfe bei der Unterstützung von Arbeitslosen in Aussicht stellte. Zum Unterschied von dem Center System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem der Zuschuß von den Gemeinden geleistet wird, wird in Dänemark der größte Teil des Zuschusses vom Staate geleistet, doch bleibt es den Gemeinden überlassen, dem staatlichen Zuschuß noch einen besonderen Zuschuß beizufügen. Nach dem Gesetz erhalten in Dänemark alle Arbeitslosenkassen, so weit

Die Mitglieder mindestens 50 % Lohnarbeiter sind, einen Zuschuß in Höhe von ein Drittel der von den Mitgliedern der Klassen geleisteten Beiträge, außerdem kann die Gemeinde noch ein Sechstel bewilligen, so daß der Zuschuß insgesamt auf drei Sechstel ansteigt. Die Unterstützung kann gezahlt werden als Arbeitslosen- und Reiseunterstützung, ebenso auch als Natural- und Mietunterstützung. Die Aufnahme in eine Arbeitslosenklasse, die auf staatlich und kommunale Unterstützung Anspruch macht, darf keinen Berufsangehörigen verweigert werden, es haben also auch Nichtorganisierte Zutritt.

Im ersten Berichtsjahre wurden 34 Klassen mit rund 70 000 Mitgliedern anerkannt. Da in der letzten Zeit noch einige Klassen hinzugekommen sind, und die Zahl der gewerblichen Arbeiter in Dänemark auf 200 000 geschätzt wird, so ist bereits jetzt mehr als der dritte Teil der gewerblichen Arbeiter in Dänemark gegen Arbeitslosigkeit versichert. In 12 Klassen wurden auch Frauen gezählt, diese Frauen machten 7,6 % der überhaupt gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen aus. Die Unterstützung soll jährlich mindestens 70 Tage ausmachen, nur bei der Klasse der Tagelöhner ist die Unterstützungsdauer auf 50 Tage herabgesetzt. Die Wartezeit zwischen dem Beginn der Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Unterstützung beträgt 6 bis 7 Tage. An Unterstützungen sind in der ersten Berichtsjahresperiode ausgegeben worden 216 000 Kronen von den Arbeitslosenklassen und 150 000 Kronen vom Staate. Für die nächste Zeit wird mit wesentlich höheren Ausgaben gerechnet, und für das nächste Jahr ist bereits die Summe von 400 000 Kronen im Staatshaushalt eingeplant worden.

Internationale Statistik der Aktiengesellschaften.

Nach einer Zusammenstellung über die Aktiengesellschaften in den einzelnen Ländern hatte Großbritannien weitaus die meisten Aktiengesellschaften. Auf Großbritannien kamen 40 995 derartige Gesellschaften, dann folgten Frankreich mit 6325 Aktiengesellschaften, Deutschland mit 5031, Holland mit 4745, Japan mit 4216, die Schweiz mit 2754, Ungarn mit 896, Dänemark mit 1823 und Rußland mit 1477 Aktiengesellschaften. Auch hinsichtlich des eingezahlten Kapitals stand Großbritannien an erster Stelle. Das eingezahlte Kapital in den britischen Aktiengesellschaften betrug 40 869 Millionen Mark, an zweiter Stelle stand Deutschland mit 14 028 Millionen Mark eingezahltem Kapital und erst an dritter Stelle kam Frankreich mit 10 814 Millionen Mark. In Rußland waren 5302 Millionen Mark in den Aktiengesellschaften eingezahlt, in Holland 2175 Millionen, in Japan 1802 Millionen, in der Schweiz 1600 Millionen, in Oesterreich 2012, in Belgien 2294, in Italien 971, in Ungarn 903 und in Dänemark 675 Millionen Mark. Und die Hälfte des in Deutschland eingezahlten Aktienkapitals kam auf Bergbau- und Industrieunternehmen. Zu den 7098 Millionen Mark, die in diesen Aktiengesellschaften angelegt waren, kamen noch 3919 Millionen, die in Bankaktien angelegt waren, ferner betrug das eingezahlte Kapital 608 Millionen bei den Versicherungsgesellschaften, 688 Millionen bei den Handelsgesellschaften der verschiedenen Art, 303 Millionen bei Eisenbahnen, 1214 Millionen bei sonstigen Verkehrsgesellschaften und 24 Millionen bei Landwirtschafts- und Fischereigesellschaften.

Die Ärzte im Deutschen Reich im Jahre 1908.

Nach dem von Professor Schwaibe herausgegebenen Reichs-Medizinalkalender für Deutschland auf das Jahr 1909 gibt es im Deutschen Reich 31 340 Ärzte, Ende 1907 waren es 31 416, mithin eine Zunahme von 224. Die Zahl der Approbationen betrug 553, doch wird sie nach 24 Jahren erheblich steigen, da im Jahre 1908 die der praktischen Vorprüfungen 1038 betrug. Die Rheinprovinz hat 3215 Ärzte (das Mehr gegen das Vorjahr ist 42), es steht also in dieser Hinsicht ungefähr auf der gleichen Stufe wie Bayern, wo es 3487 Ärzte gibt. Berlin nebst 1 Provinz hat 3732 Ärzte, jedoch auf 10 000 Einwohner 2,3 Ärzte kommen gegen 11,4 im Jahre 1907. In den übrigen Großstädten kommen 9,2 Ärzte auf die gleiche Zahl von Einwohnern. An der Spitze aller Großstädte steht auch im vorliegenden Jahre Wiesbaden mit 25,8 Ärzten auf 10 000 Einwohner, am wenigsten haben Gelsenkirchen (4,2) und Duisburg (3,0), wie denn überhaupt die industriellen Großstädte von Rheinland und Westfalen eine geringe Zahl von Ärzten aufweisen. Die Zahl der im Reichs-Medizinalkalender aufgeführten Ärztinnen ist 15, wovon 17 auf Berlin, 5 auf Breslau, 4 auf Frankfurt a. M. und 3 auf München entfallen. Die meisten Ärztinnen betreiben die allgemeine Praxis, einige Frauen sind Kinderheilmittlerinnen. Auffallend ist im letzten Jahre wieder die Zunahme der Spezialisten, die sich um 9 Proz. vermehrt haben, während das Mehr bei den praktischen Ärzten nur 4 Proz. beträgt. Die meisten Spezialärzte haben im Vergleich mit den praktischen Ärzten, abgesehen von Großberlin, die Städte Dresden (43,7), Danzig (42,5), Stuttgart (42,2) und Frankfurt a. M. (42,1). Am meisten haben verhältnismäßig die Psychiater, die Nerven- und Kinderärzte sowie die Chirurgen, die zugleich Orthopäden sind, zugenommen, doch enthält der Kalender keine Angaben darüber, welche Ärzte neben ihrem Spezialfach auch allgemeine Praxis betreiben.

Soziale Wahlen.

Hamm (Westf.) Bei den Betriebskrankentassenwahlen der Rhönig-Abteilung Westf. Union wurde in der ersten und zweiten Abteilung die Liste des christl. Metallarbeiterverbandes glatt gewählt. In der dritten Abteilung wurden die Vertreter der Maschinenliste mit 25 Stimmen Majorität gewählt. Die Krankentassen-Vertretung setzt sich zusammen aus 34 Vertretern des christlichen Metallarbeiterverbandes und 5 Vertretern der Maschinenliste. Das Vertrauen, welches die Arbeiter der Rhönig den christlichen Vertretern entgegenbringen, ist durchaus gerechtfertigt. Seit einem Jahre war die Krankentasse mit einer größeren Anzahl christlicher Vertreter besetzt. In dem Jahre wurde das Krankengeld um 0,75 Mk. erhöht, die kostenlose ärztliche Behandlung der Familienangehörigen, Geburtshilfe, Frauen- und Kindersterbegeld, sowie Zuschuß zu den Krankenhauskosten der Familienangehörigen neu eingeführt. Kein schöner Zustand ist es, daß die ca. 2000 Arbeiter mit ihren Familien nur von 2 Ärzten behandelt werden. Hoffentlich gelingt es dem christlichen Metallarbeiterverbande, recht bald darin Wandel zu schaffen.

Bei den Wahlen zur Betriebskrankentasse Westfälische Drahtindustrie, Hamm, siegte in allen Abteilungen die Liste des christlichen Metallarbeiterverbandes. 18 Vertreter standen zur Wahl und 18 Kandidaten des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden gewählt. Insgesamt hat die Kasse 38 Vertreter, davon 32 des christlichen Metallarbeiterverbandes, 1 vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande und 5 unorganisierte. Die christlichen Vertreter setzten in dieser Betriebskrankentasse dieselben Verbesserungen durch wie bei der Westf. Union. Auch gelang es, die Arztfrage zu regeln. Für die 2000 Arbeiter war bisher nur ein Arzt vorhanden, jetzt 3. Für die Familien ist freie Arztwahl erreicht. Diese großen Erfolge haben die Arbeiter der unermüdbaren Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken.

Krefeld. Bei der am 15. Dezember getätigten Vertreterwahl zur Betriebskrankentasse der Landwerter erhielt die Liste der christlichen Arbeiter 1125 Stimmen, wogegen die des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikels nur 461 erhielt. Dieser Sieg ist ein glänzender zu nennen, zumal die Gegner bei diesem Wahlkampfe menschenmögliches in Bezug auf unehrliche, gehässige Agitationsweise geleistet haben. Die „Schwarzen müssen aus der Kasse heraus“ lautete ihr Feldgeschrei und da bei ihnen anscheinend Mangel an geistigen Waffen vorhanden war, erbrachten sie am Tage der Wahl hierfür die „Schlagendsten Beweise“. Vorher eine mit allen Mitteln geicherte Siegeszuversicht und kaum doch ein solch glänzender Hereinfall!

Soziale Rechtssprechung.

Arbeiten während des Krankengeldbezugs ist Betrug.

Vor dem Essener Schöffengerichte hatte sich ein Arbeiter wegen Betrugsversuches zu verantworten, weil er bereits einen Tag, bevor er vom Arzte gesund geschrieben worden war, in der Werkstatt gearbeitet und für diesen Tag Krankenunterstützung gefordert hatte, die ihm allerdings verweigert wurde, weil die Krankentasse von der Tätigkeit des Angeklagten unterrichtet worden war. Der Angeklagte gab zu seiner Verteidigung an, daß er das Geld notwendig gebraucht habe. Das Essener Gericht aber verurteilte ihn, wie vor kurzem das Schöffengericht Leipzig in einem ähnlichen Falle, wegen versuchten Betrugs zu drei Tagen Gefängnis.

Sterbetafel.

Machen. Am 30. Dezember 1908 starb unser Kollege Ludwig Mery an Lungenentzündung.

Köln-Schrenfeld. Am 30. Dezember 1908 verschied nach kurzer Krankheit infolge Lungenentzündung unser Kollege Johann Karl Wex, Schlosser, im Alter von 40 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Lothringen. Die Rechtschulstunden für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften für das lothringische Industriegebiet sind folgendermaßen festgelegt: Jeden Dienstag von 8—12 Uhr vormittags und von 2—6 Uhr nachmittags und Samstags nachmittags von 8—12 Uhr in der Wohnung von Kamerad Karus in St. Frans-Diebenhofen, Ringstraße. Für das Orneal jeden Mittwochnachmittag von 4—7 Uhr in Köpplingen auf unserem Nebenbureau in der Bahnhofstraße. Für das Fentsthal jeden Donnerstagnachmittag von 2—6 Uhr in der Wirtschaft Pfeiffer am Bahnhof Kœnning. Die Mitglieder sämtlicher christlichen Gewerkschaften werden gebeten, die festgesetzten Stunden genau einzuhalten und sie in den Kreisen der Mitglieder bekannt zu geben.

Versammlungs-Kalender.

Ohne zwingenden Grund wird ein pflichtbewusster Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen.

- Altötting.** Sonntag, d. 10. Januar vorm. 10 Uhr General-Versammlung.
- Auen.** Sonntag, den 10. Januar, morgens 11 Uhr, bei Wirt Hoppe, Mitglieberversammlung.
- Bodenwöhr.** Am 9. Januar abends General-Versammlung mit Neuwahl und Vortrag. Beteiligung Ehrenpflicht.
- Böckum I.** Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 6 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus Wiemelshäuserstraße.
- Böckum II.** Sonntag, den 10. Januar, morgens 11 Uhr im Salamander, Alleestraße.
- Brenten.** Versammlung mit Vortrag am 9. Januar. Alle erscheinen.
- Duisburg I.** Sonntag, den 10. Januar, morgens 11 Uhr, Seitenstr. 19. Die Vertrauensleute, welche noch nicht abgerechnet haben, werden hiermit ersucht, diese sofort nachzuholen.
- Dortmund.** Samstag, den 2. Januar, abends 9 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus. Referent Kollege Baltes, Böckum.
- Dortmund-Lidinghausen.** Sonntag, den 10. Januar nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Richter, Burgstraße.
- Dortmund-Warop.** Sonntag, den 10. Januar, nachmitt. 5 Uhr Versammlung bei Schnitler. Referent: Kollege Witter.
- Dortmund (Westlicher Bezirk).** Montag, den 11. Januar, abends 9 Uhr Versammlung bei Schlüter.
- Dortmund (Nordöstlicher Bezirk).** Mittwoch, den 18. Januar abends 9 Uhr Versammlung im Restaurant Konordia, Vorplatz.
- Dortmund (Kleingewerbe).** Mittwoch, den 6. Januar, abends 8 Uhr Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.
- Dortmund-Lünen.** Sonntag, den 10. Januar, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wömann. Thema: Stellungnahme zum Bezirksartikell.
- Essen (Schlosser und Schmiede des Kleingewerbe).** Samstag, den 9. Januar abends 8 1/2 Uhr Mitglieberversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstraße.
- Essen-Suttrop.** Sonntag, den 10. Januar, vormittags 11 Uhr, Mitglieberversammlung im Lokale Stättrop, Schauffstraße.
- Essen-Werden.** Sonntag, den 10. Januar, vorm. 11 Uhr Mitglieberversammlung im Lokale Kimmestamp, Aufstraße.
- Flensburg.** Am 13. Januar abds. 8 Uhr General-Versammlung mit Neuwahl und Vortrag im Lokale Marienstr. 1.
- Gelsenkirchen (Ordnungsverwaltung).** In den Versammlungen im Januar findet in sämtlichen Sektionen Vorstandswahl statt.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 10. Januar vorm. 11 Uhr bei Wegner.
- Gelsenkirchen-Pöhlen.** Sonntag, den 17. Januar, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen bei Nachbarschaft e.
- Glückbeck.** Am 10. Januar nachmittags 4 Uhr, Mitglieber-Versammlung im christlichen Gewerkschaftshaus.
- Grödenz.** Sonntag, den 10. Januar, 2 Uhr nachmittags im goldenen Anker General-Versammlung.
- Hamburg.** Die Adresse des „Norddeutschen Sekretariats des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften“ ist ab 1. Januar Georg Hartmann, Hamburg 22, Heilmannstr. 18 L. Telefon Amt IV. 854.
- Heilbronn a. N.** Samstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr Generalversammlung im Lokal „Gasthof zur Linde“, Weinbergstraße 1.
- Hild.** Samstag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Lechtenhöfner Versammlung mit Vortrag.
- Langelsheim.** Nächste Versammlung Sonntag, den 10. Jan. abends 7 Uhr bei Winkelmann. Vollzähliges Erscheinen wird bestimmt erwartet.
- Lanterthal.** Sonntag, den 10. Januar, Generalversammlung mit Neuwahl im Schützenhaus.
- Misburg.** Sonntag d. 17. Januar nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Restaurant zum „Krei-Hoff“.
- Münsterberg.** Samstag, den 23. Januar, abends 1/8 Uhr, findet im großen Lokal der Restauration „Rothhof“ Festversammlung statt. Anträge hierzu sind bis längstens 16. Januar bei dem 1. Vorstand H. Gippel, Pet.-Hofstraße 17. Schriftlich einzureichen.
- Mühlheim-Muhr.** Samstag, den 10. Januar morgens 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus E. Lüder, Versammlung mit Vortrag Die Vertrauensleute, die mit ihrer Abrechnung noch im Rückstand sind, werden dringend ersucht, bis dahin ihre Sachen in Ordnung zu bringen.
- Reichsverwaltung Oberhausen (Rhd).** Geschäftsstunden sind wie folgt eingerichtet: In Mühlheim (Muhr) bei Lüder am Frohenteich jede Woche Freitag abends von 6—8 Uhr. In Stertrabe jede Woche Samstag von 5—8 Uhr im Gewerkschaftshaus Antekerm. In Oberhausen jede Woche Donnerstag von 4—8 Uhr und Samstag von 12—2 Uhr.
- Ofer.** Sonntag d. 10. Januar abds. 8 Uhr Generalversammlung im Lokale S. Bod. mit Vorstandswahl, Kassenbericht und Vortrag des Koll. Luchner.
- Schramberg.** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal Generalversammlung. Jahres- und Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes und Referat des Bezirksleiters Kollegen Engel. Anträge sind vorher schriftlich einzureichen.
- Schuffenried.** Samstag, den 16. Januar, abends 1/8 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal.
- Bezirk Südbayern.** Die Adresse des Sekretariats für Südbayern ist von jetzt ab Kärntenfeldstr. 4^a.
- Solltgen.** Samstag, den 16. Januar, abends 1/8 9 Uhr, bei van Gels Haupt-Generalversammlung. Jahresbericht, Wahlen etc. Referent: Bezirksleiter Broich, Düsseldorf. Sonntag, den 24. Jan. abends 6 Uhr im Kronenlokal bei van Gels, Familienabend, verbunden mit Kaisergeburtstagsfeier. Referentin: Frau Wiedach, Düsseldorf. Festredner: Bezirksleiter Broich.
- Thale a. S.** Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung (Lokal Draumer Hirsch) mit Neuwahl des Vorstandes und Vortrag.
- Unterföhen.** Sonntag d. 10. Januar nachm. 2 1/2 Uhr. Generalversammlung im Lokale Hirsch. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Neuwahl und verschiedenes.
- Wasseralfingen Generalversammlung** am 24. Januar im Gasthaus zum Lamm.
- Weiberhammer.** Am 10. Januar nachm. 1/3 Uhr Generalversammlung mit Neuwahl und Vortrag. Beteiligung Ehrenpflicht.